

ISS AKTUELL



Herwig Jedlaucnik (Hrsg.)

Zur strategischen Lage

Jahresmitte 2016

Globale Akteure und internationale Organisationen



Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Juli 2016

Druck

HDruckZ-ASt Stift xxxx/15
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Vorwort

Der Überblick zur aktuellen strategischen Lage mit Stand Mitte 2016, den wir Ihnen hiermit vorlegen, erscheint zu einem ganz besonderen Zeitpunkt. Der Ausgang des britischen Referendums über den EU-Austritt wird beachtliche Konsequenzen auch im sicherheitspolitischen Bereich haben. Rein symbolisch halbiert sich die Relevanz der EU auf internationaler Ebene – war sie bisher im UN-Sicherheitsrat durch zwei Ständige Mitglieder vertreten, bleibt jetzt nur noch Frankreich als Ständiges Mitglied der EU in diesem Gremium. Europapolitisch werden die kommenden Monate und Jahre zeigen, ob es den europäischen Politikern gelingen wird, jenes Vertrauen der Bürger in die EU zurückzugewinnen, das sie über Jahre hindurch durch eine Politik des „Blame it on Brussels“ untergraben haben.

Europa ist mehr als die EU, und die Welt ist mehr als Europa. In diesem Sinne präsentieren wir Ihnen auf den kommenden Seiten einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse des vergangenen Halbjahres. Damit sollen laufende Entwicklungen in größere Zusammenhänge gestellt, aber auch eine Einschätzung möglicher künftiger Abläufe erleichtert werden. Es geht uns nicht um eine enzyklopädische Darstellung aller Geschehnisse des vergangenen halben Jahres, sondern um eine kurze, aber prägnante Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte unter Berücksichtigung regionaler Zusammenhänge.

Der letzte derartige Überblick erschien im Jänner 2016; die einzelnen Beiträge des vorliegenden Berichts wurden Ende Juni 2016 fertig gestellt. Auf einen einheitlichen Stichtag haben wir bewusst verzichtet, um möglichst aktuell bleiben zu können.

Die Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lag wieder in den bewährten Händen von Oberstleutnant des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Herwig Jedlaucnik. Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben den Angehörigen des ISS (Dr. Rastislav Báchora, der derzeit dem Büro für Sicherheitspolitik dienstzugeteilt ist, Dr. Gerald Brettner-Messler, Dr. Gunther Hauser, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Otto Naderer, und Dr. Felix Schneider) möchte ich Lukas Bittner, BA (vom Büro für Sicherheitspolitik) nennen und danke allen für ihre Mitwirkung. Ganz besonderen Dank schulden wir Dr. Felix Schneider, der neben seiner wissenschaftlichen Mitwirkung, alle Beiträge - unter wie gewohnt übermäßigem Zeitdruck - lektoriert hat. Für die Administration und Verteilung sorgte wie immer Major Wolfgang Gosch.

Wie auch bisher üblich, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der LVak.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre und gleich auch einen erholsamen Sommer.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Inhaltsverzeichnis	2
 Die westliche Welt	 4
Weltmacht USA.....	4
Acht Jahre Obama – ein außenpolitisches Vermächtnis?	4
US-Wahlkampf 2016 – Die Wahl der Qual?	6
USA-Vietnam: „The times they are a changin!“	6
Kuba libre	7
 Europa und die EU	 9
„Brexit“ und die Folgen	9
Terrorismus in Europa	11
Die Flüchtlings- und Migrationskrise	12
EU-Türkei	13
Die Krisen in der EU und der Aufstieg der Populisten	14
Das TTIP	15
Staatsschuldenkrise, Euro-Leitzins auf Null	16
 Die NATO und ihre Partner	 18
Die Raketenabwehr der NATO	18
Air Ground Surveillance (AGS)	18
US-Verstärkungen in Europa ab 2017	18
Partner	18
Montenegro	18
Russische Föderation	19
Europäische Union	19
Nordafrika und der Nahe Osten	19
Das Gipfeltreffen in Warschau Anfang Juli – mögliche Themen	20
Defence and Dialogue	21
Bewertung und Ausblick	21

... und ihre Partner und Herausforderer.....	22
Russland und der zentralasiatische Raum.....	22
Internationale Kooperationen.....	22
EU-Sanktionen.....	24
Militär- und Verteidigungspolitik im Kontext außenpolitischer Prozesse.....	25
Einsatz in Syrien.....	25
Wesentliche Änderungen in der Dislokation von russischen Streitkräften.....	25
Ausblick.....	26
Der indo-pazifische Raum.....	27
Globaler Dschihad: Anstieg des Terrors im südlichen Asien.....	27
Indien – Pakistan: wenig Aussicht auf Entspannung.....	27
China: der „enge Freund“ Pakistans.....	27
Afghanistan: China wichtiger Friedensvermittler.....	28
Südchinesisches Meer: USA und China auf Konfrontationskurs.....	29
Nordkorea: mehr Nuklearwaffen, stärkere Isolation.....	31
Afrika südlich der Sahara:.....	33
Spielplatz der Supermächte.....	33
Dürren und Flüchtlinge.....	33
Terror und Anschläge.....	33
Konflikte und Öl.....	34
Die Republik Südafrika.....	34
Begrenztes Wachstum, Divergenzen und Risiken. Schwierige Entwicklung der globalen Ökonomie.....	36
Industriestaaten.....	36
Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer.....	38
Bildnachweis.....	40
Autoren.....	42

Die westliche Welt ...

Weltmacht USA

Acht Jahre Obama – ein außenpolitisches Vermächtnis?

Wie das in unserer medial-geprägten Welt mit dem Ende von politischen Perioden so ist, so werden meist schon Monate vor dem wahrhaftigen Ende einer Amtszeit bereits Resümees geschrieben und abschließende Kommentare gemacht – gerade was die Person des US-Präsidenten und damit mächtigsten Mannes der Welt betrifft. Das Problem dabei ist immer, dass es dem Beobachter aus der Gegenwart oft nicht vergönnt ist, die tatsächlichen längerfristigen Konsequenzen politischen Handelns wirklich beurteilen zu können – zu nah befindet man sich noch zeitlich am Geschehen selbst.

Was werden also Historiker möglicherweise in 200 Jahren über die Außenpolitik dieses US-Präsidenten in die Geschichtsbücher schreiben (sofern es solche dann überhaupt noch geben sollte)?



US-Präsident Obama mit seinem Vizepräsidenten Joe Biden

Barack Obama fand am Beginn seiner Amtszeit eine USA vor, die aufgrund der Politik seines Vorgängers George W. Bush außenpolitisch starke militärische Züge aufwies. Die Kriege im Irak und in Afghanistan, der „War on Terror“ und der schwelende Konflikt mit dem Iran sowie zahlreiche andere sicherheitspolitische „Baustellen“ erwarteten den jungen Präsidenten, als der damals 47jährige Politiker mit afro-amerikanischen Wurzeln im Januar 2009 vor dem Kapitol in Washington vereidigt wurde. Die Verleihung des Friedensnobelpreises durch das Nobelpreiskomitee im Herbst desselben Jahres war – vom heutigen Standpunkt aus betrachtet – dann wohl auch mehr als politische Hoffnung (Europas) zu werten, die USA unter Obama würden nun eine außenpolitisch „sanftere Gangart“ einschlagen. War Obamas Wahlspruch von 2008 nicht selbst „Hope“ und „Change“ gewesen?

Entsprechend groß muss dann die Enttäuschung auf den Gesichtern derjenigen gewesen sein, als sich Barack Obama in seiner Dankesrede anlässlich der Preisverleihung in Oslo nicht als Hoffnungsträger wie etwa Martin Luther King oder Mahatma Gandhi präsentierte, sondern sich selbst als Kriegsherr, als „Oberbefehlshaber einer Nation mitten in zwei Kriegen“ bezeichnete. Obama strich heraus, dass sich die USA etwa in Afghanistan in einem Krieg befände, „den Amerika nicht gesucht hat“. Es gebe „eine harte Wahrheit: Bewaffnete Konflikte werden wir zu unseren Lebzeiten nicht auslöschen können. [...] Das Übel existiert in der Welt – und ohne Gewalt hätten Hitlers Armeen nicht aufgehalten werden können.“ Damit wurde vom US-Präsidenten ganz bewusst das Thema des gerechten Krieges angesprochen. „Wir können verstehen, dass es Krieg geben wird, und nach Frieden streben. Wir können das tun – das ist die Geschichte des menschlichen Fortschritts, das ist die Hoffnung der gesamten Welt. Dies ist der Moment der Herausforderung, den wir auf dieser Welt bewältigen müssen.“

Die einzig verbliebene Supermacht und westliche Führungsmacht, das machte Obama allen klar, werde auch in Zukunft kein Kuscheltier sein können – weil er als ihr Führer eben Verantwortung tragen müsse.

Auf der Habenseite zu verbuchen sind sicher die außenpolitischen Erfolge der Annäherung an den karibischen Inselstaat Kuba und das Atomabkommen mit dem Iran. Was Kuba anbelangt, so wurde von Obama ein demonstrativer Schlussstrich unter eine mehr als 57jährige US-Politik gezogen, die als eines der letzten Relikte des Kalten Krieges angesehen werden kann. Was den Iran betrifft, so ist die US-Vermittlungsleistung vielleicht sogar noch höher einzuschätzen, dreht es sich doch um einen seit 37 Jahren schwelenden Dauerkonflikt mit einem Staat, der für eine ganze Region von eminenter wirtschaftlicher und politischer Bedeutung ist – nicht zuletzt für die USA und ihre wichtigsten politischen und militärischen Verbündeten in der Region, allen voran Israel und Saudi Arabien.

Geht es nach Barack Obama, lässt sich ein weiterer Erfolg in diese Reihe einfügen, ein Erfolg, der mehr durch Passivität denn Aktivität erreicht wurde: Und auf diese Inaktivität ist Obama heute besonders stolz. In einer Reihe von Interviews, die der US-Präsident in der ersten Jahreshälfte dem US-Journalisten Jerry Goldberg gab, betonte Obama, genau jener Tag, an dem er sich entschloss, kein militärisches Engagement der USA in Syrien zuzulassen – und das, nachdem der syrische Präsident Baschar al-Assad nachweislich Giftgas gegen Aufständische eingesetzt und somit eine klare „rote Linie“ der Vereinigten Staaten überschritten hatte – dieser Tag also sei für ihn wie eine Befreiung gewesen, eine Befreiung, sich nicht mehr an das „Drehbuch“ aus

Washington halten zu wollen und zu müssen. Heute werfen Kritiker dem US-Präsidenten Schwäche in der Syrienfrage vor und betonen, dass sich sein Nicht-Handeln negativ auf das Ansehen und den Einfluss der Vereinigten Staaten (in der betreffenden Region) ausgewirkt hätte. Putins (mittlerweile stark abgeebbtes) Muskelspiel in Syrien tat ein Übriges, Obama als Zauderer dastehen zu lassen.

Bis heute wehrt sich der US-Präsident gegen einen Einsatz von US-Bodentruppen in Syrien. Die Erfahrungen des mühsamen Herauslösens des US-Militärs aus den Konfliktzonen Irak und Afghanistan in den vergangenen Jahren mögen für diesen Entscheid prominent Pate gestanden haben. An diese beiden Kriege nun einen weiteren Feldzug zu reihen, ein Eingreifen, das wiederum mit großen militärischen und politischen Fragezeichen versehen werden müsste und noch dazu die Vereinigten Staaten und einen nicht unbeträchtlichen Teil ihres militärischen Potentials auf unabsehbare Zeit in einem „failed state“ binden würde, will Obama unbedingt vermeiden.

Der Präsident betonte daher mehrfach, dass er nur dann einem weiteren Waffengang der US-Streitkräfte zustimmen werde, wenn die Sicherheit der USA existenziell bedroht sei. Viele seiner Kritiker sehen darin einen Ordnungsverlust der USA, andere wiederum sind froh, dass die Interventionspolitik früherer Jahre, ohne genaue Pläne dafür zu haben, wie das Danach eigentlich auszuschauen habe, nun nicht mehr vorbehaltlos fortgesetzt wird. Befürworter von Obamas Außenpolitik mahnen ein, zu bedenken, welches Erbe Barack Obama hatte antreten müssen und verorten den eigentlichen Grund von Obamas militärischen Rückzug aus dem Mittleren Osten in der verfehlten Außenpolitik seiner Vorgänger.

Der Mittlere Osten spielt schon aufgrund der zumindest mittelfristigen Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von fossilen Brennstoffen nicht mehr jene Rolle, die er noch vor 15 Jahren gespielt hatte. Obamas Augen sind längst auf Anderes gerichtet: Den „Pivot to Asia“ und die zukünftige wirtschaftliche und strategische Rolle der USA im Pazifik, dessen Anrainer den größten Markt der Welt bilden. Bereits jetzt befinden sich über 40 Prozent der US-Streitkräfte in dieser Region.

Auf der Negativliste seiner Amtszeit(en) steht für Obama selbst ein Land ganz oben: Libyen. Vom Sender Fox-News befragt, was denn der seiner eigenen Meinung nach schlimmste Fehler seiner Präsidentschaft gewesen sei, antwortete der US-Präsident neun Monate vor dem Ende seiner zweiten Amtszeit sehr freimütig: „Wahrscheinlich, dass ich nicht für den Tag nach der Intervention in Libyen geplant habe, die mir damals als richtige Entscheidung erschien.“ Nach dem Sturz des libyschen Diktators Muammar al Gaddafi 2011 versuchten verschiedenste bewaffnete Gruppierungen die Macht im Land zu übernehmen. Auch die

Terrormiliz IS beherrscht einen ca. 150 km breiten Küstenstreifen mit ca. 4-6.000 Kämpfern. Libyen selbst wird zu den „failed states“ gerechnet. Bis heute gibt es keine einheitliche nationale Regierung. In diesem Zusammenhang steht Obama nicht an, auch seine engen Verbündeten Großbritannien und Frankreich ganz offen zu kritisieren: Obama wirft Paris und London heute in der Frage Libyen Versäumnisse und Schwäche vor der eigenen Haustüre vor. Libyen steht heute aber auch als Symbol für die Unterschätzung der Möglichkeiten des IS durch die US-Administration unter Obama.

Erfolge hingegen kann Barack Obama an einer anderen Front des „War on Terror“ verbuchen, u.a. den wohl spektakulärsten der letzten Jahre schlechthin: Im Mai 2011 gelang einem US-Spezialkommando, in der pakistanischen Stadt Abbottabad im Vorgebirge des Himalaya mit Osama bin Laden den wohl meistgesuchten Terroristen der Welt zu stellen und zu töten – fast exakt zehn Jahre nach den Anschlägen von 9/11, als deren Architekt der Al-Qaida-Chef galt.

Ein weiterer – wenn auch moralisch und ethisch stark umstrittener – Meilenstein in der Bekämpfung von Zielpersonen der Terrorszene weltweit ist der Einsatz von militärischen Drohnen, der unter Barack Obama eine Art von offizieller Legitimation erfuhr. Trotz Kritik auch zahlreicher hochrangiger US-Juristen wurden die Angriffe unter der Präsidentschaft Obamas unvermindert fortgeführt – auch um den Preis von hunderten Toten Zivilisten, die als „Kollateralschäden“ in Kauf genommen werden, wenn es darum geht, sich führender Mitglieder von Terrornetzwerken durch Drohnenangriffe zu entledigen.



2. Mai 2011, Operation Neptune's Spear: Der US-Präsident und sein engster Mitarbeiterstab verfolgen den Verlauf der Operation im White House Situation Room live.

Was die Europäer als wichtigste Verbündete der USA angeht, so mahnte Barack Obama noch im April dieses Jahres in Hannover auf seinem wohl letzten Besuch in Deutschland eindringlich davor, jegliche Desintegration zuzulassen, Letzteres unverhohlen auch im

Zusammenhang mit der Abstimmung hinsichtlich eines möglichen Ausstiegs Großbritanniens aus der Europäischen Union am 23. Juni. Mit den Worten „Wir wollen ein ganzheitliches Europa, ein freies Europa und ein Europa, das im Frieden lebt“ bekräftigte der US-Präsident seine Einstellung zur Europäischen Union, die er in weiterer Folge als entscheidendes Element der Weltordnung darstellte. „Giganten wie Konrad Adenauer“ hätten sich in einem durch den Zweiten Weltkrieg verwüsteten Europa einst daran gemacht, „aus Gegnern Verbündete zu machen.“ Das Resultat sei „eine der größten politischen Leistungen der Neuzeit“. Mit diesem deutlichen Bekenntnis zu einem starken integrierten Europa verband der US-Präsident auch die Hoffnung auf ein noch stärkeres Engagement der Europäischen Union hinsichtlich der Konflikte im Irak, in Syrien und bei der Bekämpfung des IS.

US-Wahlkampf 2016 – Die Wahl der Qual?

Die Demokratie der USA steckt in der Krise. Viele US-Amerikaner haben der Politik schon lange den Rücken gekehrt. Grund dafür ist eine beinahe schon beängstigende Ablehnung der führenden Politiker, die viele Amerikaner samt und sonders als korrupt klassifizieren. Auch das Vertrauen in die politischen Institutionen – in früheren Zeiten noch immer Garanten für das Funktionieren des gesamten Systems – befindet sich im Sinkflug. Der Rest ist Populismus und Demagogie. Und darin ist Donald Trump Meister. Schüren von xenophober Angst und Furcht vor dem sozialen Abstieg beschern dem Immobilienmilliardär aus Queens wachsende Unterstützung vor allem im Lager der wenig gebildeten weißen Schichten.

Trump ist der Hauptgrund für den politischen Pessimismus. Den Spöttern und Showmastern, die in ihm angesichts seiner Kandidatur im Sommer 2015 nichts anderes als einen kuriosen Polit-Clown sahen, ist längst das Wort im Hals stecken geblieben. Nun wird er aller Voraussicht nach beim republikanischen Nominierungsparteitag im Juli zum offiziellen Präsidentschaftskandidat der „Grand Old Party“ gekürt werden.

Laut einer zusammenfassenden Umfrage von „Realclearpolitics“ lag Donald Trump am 22. Mai sogar kurzfristig vor seiner Konkurrentin, der Demokratin und früheren Außenministerin Hillary Rodham Clinton, wenn auch nur mit zwei Zehntelprozentpunkten Vorsprung. Seither jedoch befinden sich seine Umfragewerte wieder im Sinkflug. Umfragen, die noch vor dem Massaker von Orlando abgeschlossen worden waren, sahen Trump wieder zwischen max. 12 (Bloomberg) und min. 5 Prozentpunkten (Rasmussen Reports) hinter Clinton.

Im demographischen Umkehrschluss davon ausgehend, dass jener Kandidat den Sprung ins Weiße Haus schaffen würde, der am wenigsten stark von der Bevölkerung abgelehnt werde, hat die „Washington Post“ Mitte Juni eine Umfrage durchgeführt, wer von den beiden Genannten in welchen sozialen Schichten momentan die größere Ablehnung erfährt. Dabei sind interessante Erkenntnisse gewonnen worden:

Im Gesamten betrachtet kommt Hillary Clinton dabei auf einen Unbeliebtheitswert von katastrophalen 55%, so viel wie noch nie zuvor. Donald Trump jedoch schießt den Vogel ab: Nicht weniger als 70% aller Befragten attestieren ihm ein Negativimage.

Betrachtet man die Ergebnisse im Einzelnen, so stellt sich heraus, dass Clinton vor allem bei der nicht-weißen Bevölkerung und den US-Amerikanern mit lateinamerikanischem Migrationshintergrund punkten kann. 66% der Farbigen und 64% der Hispanics sprachen sich für die frühere First Lady aus. Demgegenüber würden 88% der Nicht-Weißen Donald Trump nicht ihre Stimme geben, bei den Hispanics stößt Trump sogar auf 89% Ablehnung. Seine Klientel ist die Gruppe der weißen Männer ohne Universitätsabschluss, wo er 52% der Befragten auf sich vereinigen könnte. Die sonstigen Wählergruppen lehnen Trump mehrheitlich ab. Ganz schlecht ist Trump bei den Weißen mit Universitätsdiplom aufgehoben: 71% der genannten Gruppe lehnen Trump ab. Aber auch Clinton ist mit 59% Ablehnung hier sehr schlecht unterwegs, möglicherweise beeinflusst durch ihren erfolgreichen Vorwahl-Konkurrenten Bernie Sanders, der als Wissenschaftler bei der gebildeten Bürgerschicht hoch im Kurs steht. Hier ist für Clinton nach ihrer Nominierung wohl noch viel Luft nach oben (bzw. - in diesem speziellen Fall – nach unten).

(Wenig) Überraschend: Selbst 51% der Frauen kann Clinton jetzt auf sich vereinen, ein deutlicher Zuwachs zu früher, wahrscheinlich nachdrücklich beeinflusst durch die chauvinistischen Parolen und frauenfeindlichen Äußerungen des Donald Trump.

USA-Vietnam: „The times they are a changin!“

sang im Jahre 1964 der US-Protestliedermacher und heutige Musik-Ikone Bob Dylan. Im selben Jahr feierte der kommunistische Viet Kong in Vietnam große militärische Erfolge gegen die personell zwar fünffach überlegenen, aber demotivierten Streitkräfte Südvietnams. Der neue US-Präsident und Kennedy-Nachfolger Lyndon B. Johnson sah mit dem Vorrücken der kommunistischen Guerillas die Gefahr der „Domino-Theorie“ bestätigt und zog die USA durch die am 10. August 1964 vom US-Kongress verabschiedete sog. „Gulf of Tonkin Resolution“, durch die Johnson schließlich ermächtigt wurde, *"to take all necessary steps, including the use of armed force, to assist any member or protocol*

state of the Southeast Asia Collective Defense Treaty requesting assistance in defense of its freedom", in einen Krieg, der letztlich erst mit dem vollständigen Abzug der US-Amerikaner 1973 für die USA zu Ende gehen sollte. 1975 fiel schließlich Saigon und machte das militärische und politische Trauma der USA perfekt.

Aber, wie gesungen: „The times they are a changin!“: Im Jahre 2016, mehr als 40 Jahre nach der demütigenden US-Niederlage, besuchte wieder ein US-Präsident das südostasiatische Land, das bis zum heutigen Tage die Spuren des Krieges trägt. Barack Obama war nach George W. Bush und Bill Clinton der mittlerweile dritte US-Präsident, der dem nun bereits langjährigen US-Handelspartner Vietnam im Mai 2016 einen Staatsbesuch abstattete.

Aus einstigen Todfeinden sind längst strategische Partner geworden. Die USA sind mittlerweile zum größten Handelspartner für das kleine asiatische Land geworden. Und obwohl es sich bei Vietnam (noch immer) um eine der letzten kommunistischen Einparteiendiktaturen handelt, die in der Regel mit altbekannten und sehr undemokratischen Mitteln gegen seine politischen Gegner vorzugehen pflegen, kündigte Obama im Zusammenhang mit seinem Staatsbesuch an, nun das seit 50 Jahren geltende Waffenembargo gegen die Republik Vietnam aufzuheben.

Interessanterweise ist es eine weitere kommunistische Parteiendiktatur, der sich Vietnam mit Hilfe der USA erwehren will: China. Die Zuspitzung der Lage im Südchinesischen Meer und die damit verbundenen territorialen Ansprüche Chinas, das praktisch das gesamte Meer als sein legitimes militärisches Vorfeld betrachtet, machen aus einstigen Gegnern nun auch militärische Partner. Die USA, die ja in der Region ebenfalls mit starken Marineeinheiten präsent sind, befinden sich schon seit geraumer Zeit in dieser Frage mit China auf Konfrontationskurs und weigern sich, von China selbstherrlich festgelegte Verbotszonen, seien diese zu Wasser oder in der Luft, zu respektieren.



Präsident Barack Obama mit der Vorsitzenden der vietnamesischen Nationalversammlung, Nguyen Thi Kim Ngan, während der Besichtigung von Ho Chi Minh's Wohnhaus in Hanoi

Barack Obama ist sich der besonderen Lage der Politik bewusst. Im Rahmen des Staatsbesuchs auf die beiderseitige Vergangenheit angesprochen, meinte der amtierende US-Präsident: „*Unsere beiden Länder haben eine schwierige Geschichte hinter sich - und es bestehen auch heute noch große Differenzen in der politischen Weltanschauung und im Regierungssystem.*“ Doch wie heißt es so schön: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Das gilt auch – oder gerade – in der großen Weltpolitik.

Kuba libre

Es war ein historisches Ereignis und dessen waren sich alle bewusst: Als Barack Obama am 20. März mit seiner „Air Force One“ am Flugfeld von Havanna aufsetzte, war er der erste US-Präsident seit 88 Jahren, der Kuba einen Staatsbesuch abstattete. Seit Calvin Coolidge im Jahre 1928 an Bord eines US-Kriegsschiffes den Karibikstaat zum letzten Mal besucht hat, hat sich in Kuba Entscheidendes verändert: Die Revolution von 1959 setzte dem quasi Vasallenstaat von Washingtons Gnaden abrupt ein Ende und wandelte sich in der Folge in eine kommunistische Bastion direkt vor der Haustüre der Vereinigten Staaten. Militärische Versuche einer Konterrevolution im April 1961, stark unterstützt von der CIA und von John F. Kennedy persönlich genehmigt, scheiterten kläglich. Die „Invasion in der Schweinebucht“, ausgeführt von Exilkubanern mit US-amerikanischem Material, geriet zum Desaster und schmiedete das Kuba des Fidel Castro eng an Moskau. Der Rest war Kalter Krieg, der die Welt im Oktober 1962 - ausgelöst durch die versuchte Dislozierung sowjetischer Atomraketen auf dem Inselstaat und der damit verbundenen „Kubakrise“ - an den Rand der atomaren Vernichtung brachte.

Danach herrschte Eiszeit. Bis vor wenigen Monaten. Dann entschied sich Barack Obama für den ersten Schritt der Annäherung.

Barack Obama ist sich durchaus bewusst, dass das Verhältnis zwischen den USA und Kuba nicht von heute auf morgen einfach repariert werden kann. So mahnte der US-Präsident bei einem Treffen mit kubanischen Dissidenten auch die Einhaltung bürgerlicher Freiheiten und der Menschenrechte in Kuba ein und meinte, es „erfordert oftmals großen Mut, im bürgerlichen Leben hier in Kuba aktiv zu sein.“ Selbst in der Defensive befindet sich Obama allerdings beim Thema des sich auf Kuba befindlichen US-Stützpunktes Guantanamo, dessen Rückgabe die kubanische Regierung seit Jahrzehnten mit Vehemenz einfordert. Der US-Stützpunkt dient seit 9/11 den Vereinigten Staaten als Lager für des Terrorismus verdächtige Gefangene aus aller Welt und ist seitdem seinerseits zum menschenrechtlichen Schandfleck der USA avanciert. Obamas Ankündigung bereits zu Beginn

seiner ersten Amtszeit, diesen schließen lassen zu wollen, ist bis heute nicht umgesetzt worden.

Trotzdem – ein Anfang ist gemacht. Obama meinte dann auch in einer Rede im Beisein des kubanischen Präsidenten Raul Castro: „Ich bin gekommen, das letzte Stück des Kalten Krieges zu beenden.“ Und genau dieses lag praktisch als Beweis auch eigener politischer Versäumnisse prominent mehr als 50 Jahre nur unweit der US-amerikanischen Küste, quasi direkt vor Washingtons (Hinter)Tür. Damit soll jetzt Schluss sein.

Obama aber auch Castro scheinen gewillt, eine neue Seite im Buch der historisch-schwierigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufzuschlagen zu wollen. „Die Isolationspolitik macht keinen Sinn“ betonte Obama in Havanna. „Wir sollten künftig beachten, was uns eint!“ Er wisse auch jetzt durchaus, dass die kubanische und US-amerikanische Regierung in vielen Dingen nicht einer Meinung seien: „Aber das ist okay, ich habe nichts dagegen, solange wir offen darüber debattieren.“ Obama verglich dann das Nebeneinander der beiden Staaten mit einer Reise und bemühte auch die Geographie: „Wir sind doch alle Amerikaner!“ [...] Wir können diese Reise als Freunde, als Nachbarn und als Familie machen“, meinte der US-Präsident.

Jetzt gilt es, Barrieren abzubauen. Obama ist gewillt, sich für den Abbau des langjährigen US-Embargos gegen Kuba einzusetzen: Mit den Worten „Das Embargo wird zu einem Ende kommen“ drückte er seine Überzeugung aus, dass die seit mehr als 50 Jahren bestehende Wirtschaftsblockade der Vereinigten Staaten schon bald Geschichte sein werde. Diese, so meinte Obama zum kubanischen Präsidenten, habe letztlich weder der USA noch Kuba genutzt. Es sei nun an der Zeit, ein neues Kapitel aufzuschlagen.

Europa und die EU

„Brexit“ und die Folgen

In Großbritannien wurde am Donnerstag, dem 23. Juni 2016, die Abstimmung über einen Austritt aus der EU („Brexit“) durchgeführt. Es war dies bereits die zweite Abstimmung über diese Frage, ein derartiges Referendum wurde erstmals 1975 durchgeführt und brachte für die damaligen EG-Befürworter 67%. In der „Brexit“-Abstimmung sprach sich dagegen mit 51,9% knapp die Mehrheit der britischen Bevölkerung gegen einen Verbleib in der EU aus. In Zahlen: 17.410.742 Menschen votierten für „leave“, 16.141.241 für „remain“. In England und Wales befürwortete die Mehrheit der Bevölkerung mit 53,4% bzw. 52,5% der Stimmen den „Brexit“, in Schottland und Nordirland gingen die Abstimmungen mit 62% und 55,8% für die EU aus. Die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei 71,8%. Die EU-Ablehnung war im östlichen und nördlichen England am größten und zog sich quer durch die Tories und Labour-Hochburgen. Beinahe ein Drittel der Labour-Anhänger sprach sich für den „Brexit“ aus. London entschied sich mit 60% klar für die EU. Laut YouGov votierten die Altersgruppen der 18-24 und 25-49-jährigen mit 75% bzw. 56% für die EU, EU-Gegner in den Altersgruppen 50-64 Jahre (mit 56%) sowie 65+ (mit 61%) hatten schließlich den „Brexit“ ausgelöst. Letztere sind überwiegend schwächer gebildet, haben Angst um die Zukunft ihrer Pensionen und beklagten das „ständige Diktat aus Brüssel, die unkontrollierte Einwanderung aus Osteuropa, die Flüchtlingskrise“. Bei der Sorge um die Zuwanderung ging es vor allem um die Verteilung von Sozialleistungen, hier wiederum um die für alle Briten bestehende staatliche Gesundheitsfürsorge. Boris Johnson, Londons ehemaliger Bürgermeister, fuhr mit einem Bus durch das Land, auf dem geschrieben stand: „Großbritannien zahlt jede Woche 350 Millionen Pfund nach Brüssel“, wobei er wusste, dass dies nicht stimmte. Johnson sah sogar „77 Millionen Türken“ nach Großbritannien kommen. „We’ve got our country back!“, jubelte UKIP-Chef Nigel Farage und beschwor den 23. Juni als „neuen Unabhängigkeitstag“. Vor dem „Brexit“ meinte der ehemalige Sozialminister Iain Duncan Smith (Tories): „Es ist Zeit für uns, auszutreten und die Kontrolle über unsere Grenzen, über unser Geld und unsere Gesetze zurückzubekommen. Die Europäische Union entwickelt sich in die falsche Richtung und das ganze Konzept muss überdacht werden.“ „Brexit“-Befürworter argumentieren, die EU fahre „über die Mitgliedsländer drüber“, sie nehme „keine Rücksicht auf die Bedürfnisse und Forderungen der Bürger“, zudem wolle „Brüssel den nationalen Regierungen die Macht wegnehmen“, die EU sei zudem ein „Bürokratiemonster“. Die auflagenstärkste britische Zeitung „The Sun“ (1,7 Millionen Exemplare pro Tag) von Rupert Murdoch

plädiert für einen Austritt des Landes aus der EU und betitelte am 14. Juni 2016 ihre Schlagzeile „BeLEAVE in Britain“: „Wir werden außerhalb der EU reicher, sicherer und frei sein, unser eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen.“ Boris Johnson prophezeite der EU sogar ein Scheitern und scheute nicht zurück, die EU mit dem NS-Regime in Verbindung zu bringen: „Napoleon, Hitler, verschiedene andere Personen haben es versucht, aber es endete tragisch. Die EU ist ein Versuch, dasselbe zu erreichen, wenngleich mit unterschiedlichen Methoden.“ Indem er die EU mit NS-Deutschland verglich, versuchte Johnson das „Brexit“-Lager in die Tradition eines Winston Churchill zu stellen, der Hitler mit enormem Verteidigungswillen die Stirn bot: „Wir kämpfen für die Freiheit des ganzen Kontinents“, so Johnson. Dieser Kampf sei zwar „ungleich wie jener zwischen David und Goliath“, jedoch: „Wir sind besser, mutiger, stärker und größer, als die anderen sagen.“ Churchill meinte einst: „Wir werden uns niemals geschlagen geben.“ Viele Menschen waren aufgrund der hitzigen und hasserfüllten Wortduelle an Sachargumenten nicht mehr interessiert. Im Zuge dieses Klimas wurde die 41jährige Abgeordnete und EU-Befürworterin Jo Cox (Labour) am 16. Juni in Birstall (West Yorkshire) auf offener Straße durch den 52jährigen Thomas Mair ermordet. Großbritanniens Premierminister David Cameron versuchte, seine Tories auf EU-Kurs zu bringen, eine seiner Hauptforderungen lautete: Brüssel müsse den „Red Tape“ („Amtsschimmel“) verringern, zudem müsse mehr auf nationaler als auf EU-Ebene entschieden werden. Die Folgen eines „Brexits“ sind für Großbritannien enorm, niemals hat die EU vor einer derartigen Herausforderung gestanden:

- Ein „Brexit“ durchtrennt die Verbindung zwischen der EU und Großbritannien – und somit zwischen den wichtigsten Handelspartnern. Die EU wird mit Großbritannien ihren nach Deutschland und Frankreich drittgrößten Netto-Beitragszahler verlieren. Großbritannien steuert 2016 einen Nettobeitrag von 4,9 Milliarden Euro zum EU-Haushalt bei. 6,1 Milliarden Euro beträgt der Briten-Rabatt. Fällt die britische Zahlung weg, müssten die EU-Staaten dieses Budget einsparen oder fehlende Gelder nach zu definierenden Verteilungsschlüsseln selbst aufbringen.
- Das Kräfteverhältnis innerhalb des Europäischen Rates wird durch einen „Brexit“ verschoben. Ohne das wirtschaftsliberale Großbritannien wird es künftig für Deutschland schwieriger, eine Sperrminorität im Falle von Abstimmungen über regulatorische Fragen aufzubieten.

Deutschland und Frankreich könnten nun vermehrt über ökonomische Fragen in Konflikt geraten. Irland, die Niederlande und Zypern pflegen die engsten wirtschaftlichen Verbindungen zu Großbritannien, diese werden durch einen „Brexit“ daher besonders hart getroffen.

- In der britischen Finanzbranche arbeiten rund eine Million Menschen. US-Finanzdienstleister wie Goldman Sachs oder JP Morgan nutzen London als Einstieg in den EU-Markt. Diese könnten sich nun einen neuen Standort (Frankfurt, Luxemburg) für Tochtergesellschaften suchen. Die EU müsste sich auf einen Ansturm von Bankern gefasst machen.
- Ähnlich wie beim TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) mit den USA käme auf die EU die keinesfalls einfachere Aufgabe zu, ein Handelsabkommen mit Großbritannien abzuschließen.
- Schottlands Erste Ministerin Nicola Ferguson Sturgeon stellte am 24. Juni klar, dass Schottland seine Zukunft als Teil der EU sieht. Schottland dürfe somit nicht „aus der EU gezogen werden“, dies sei „demokratisch inakzeptabel“. Bereits am 18. September 2014 stimmten die Schotten mit 55,3% zwar gegen die Unabhängigkeit; Die Ministerin strebt während der nächsten zwei Jahre ein zweites Referendum über die Unabhängigkeit an, noch vor Abschluss der britischen Austrittsverhandlungen. Für die Abhaltung eines derartigen Referendums bedarf es der Zustimmung Londons.
- Die nordirische Grenze zu Irland würde eine EU-Außengrenze werden. Die ehemaligen Premierminister Tony Blair und John Major warnten deshalb vor einem Wiederaufflammen der Gewalt im britischen Teil der Insel: EU, Reisefreiheit sowie freier Warenverkehr waren relevante Faktoren, um überhaupt das Karfreitagsabkommen vom 10. April 1998 schmieden zu können, so Blair.
- Das mehrheitlich protestantische Nordirland könnte bei Großbritannien bleiben. Nordirlands Erste Ministerin, Arlene Foster von der Democratic Unionist Party, wies die Forderung ihres Stellvertreters von der katholisch-nationalen Sinn Féin, James Martin Pacelli McGuinness, vom 24. Juni nach Abhaltung eines Referendums über eine Wiedervereinigung mit Irland zurück.

- Es könnten unsichere Jahre sowohl für Großbritannien als auch für die EU kommen: lang anhaltende Rezession, Wohlstandseinbußen und Arbeitslosigkeit drohen. Ökonomisch hängt somit alles davon ab, wie sich die Kooperation mit der EU nach einer Übergangsphase von 2 Jahren gestaltet.

Der britische Schatzkanzler George Osborne entwickelte folgende drei Kooperationsvarianten mit der EU nach einem „Brexit“:

- Kooperation nach „norwegischer Art“ im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR): Diese wäre sehr eng, der Schock wäre somit für die britische Wirtschaft am geringsten. Laut Osbornes Berechnungen wäre die britische Wirtschaftsleistung um 3,8% verringert (Kosten pro Haushalt pro Jahr: ca. 3270 Euro). Großbritannien hätte weiterhin Zugang zum Binnenmarkt und müsste auch Bestimmungen betreffend Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Binnenmarktregeln beibehalten, ohne dass Großbritannien über deren Ausgestaltung mitentscheiden könnte. Die unbegrenzte Freizügigkeit und die damit verknüpfte massive Zuwanderung aus den ostmittel- und südosteuropäischen EU-Staaten ist jedoch ein gewichtiges Argument für „Brexit“-Befürworter. Auf keinen Fall würde Großbritannien die EU verlassen mit dem Ziel, möglichst nahe an der EU zu bleiben.
- Kooperation auf der Grundlage von Einzelverträgen nach „Schweizer Art“ (im Fall der Schweiz derzeit über 100): das BIP würde sich um 6,2% pro Jahr verringern (Kosten pro Haushalt pro Jahr: ca. 5500 Euro).
- Die „größte Autonomie“: Großbritannien knüpft ausschließlich an bestehende WTO-Freihandelsregeln an. Das würde 7,5% der Wirtschaftsleistung kosten (Kosten pro Haushalt pro Jahr: ca. 6500 Euro).

Mit dem „Brexit“ würde Deutschland eine EU verstärkt politisch dominieren, ohne dies jedoch tatsächlich zu wollen. Die EU würde folglich fragmentierter, ängstlicher und auch verletzlicher. In die Bedeutungslosigkeit würde Großbritannien im Fall eines Austritts jedoch nicht ganz versinken: sehr vernetzt ist Großbritannien mit der Welt als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, in der NATO sowie in den „Five Eyes“, es bleibt somit auch sicherheitspolitisch wichtiger Partner der USA. Der „Brexit“ selbst muss nun offiziell vom britischen Parlament bestätigt sowie von der britischen Regierung an den Europäischen Rat mitgeteilt werden, gemäß Artikel 50 des EU-Vertrags von

Lissabon (Austrittsklausel aus der EU, diese legt jedoch nur das Verhandlungsverfahren in der Dauer von zwei Jahren fest) hat Großbritannien zwei Jahre Zeit, um künftige Beziehungen mit der EU zu verhandeln. Neuverhandlungen könnten gemäß dem britischen Europaminister David Lidington mindestens eine Dekade in Anspruch nehmen. Selbst Grönland hatte 1982 nach seinem Ausscheiden aus der EG drei Jahre gebraucht, um mit Brüssel einen neuen Vertrag zu schließen. Dabei ging es ausschließlich um das Thema Fisch. Ab Mitte 2018 wäre ein Austritt Großbritanniens offiziell. Bis zur endgültigen Regelung der künftigen Beziehungen mit der EU gäbe es eine lange Periode der rechtlichen und wirtschaftlichen Unsicherheit. Großbritannien wird seine Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der EU und der ganzen Welt neu definieren und auch jene Folgen bewältigen müssen, die ein Außerkraftsetzen der EU-Gesetzgebung nach sich ziehen würde. Der „Brexit“ ist auf jeden Fall das politische Ende von Premierminister David Cameron, er kündigte bereits seinen Rücktritt an. Über das Ausmaß des wirtschaftlichen Schadens für Großbritannien sind sich Ökonomen uneinig. Die Folge des „Brexits“ richtet sich vor allem nach dem künftigen wirtschaftlichen Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU. Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble, meinte, dass „draußen draußen und drinnen drinnen“ heiße. 72% der Mitglieder des Rates der EU (ohne britische Repräsentanten) müssen einem Austrittsabkommen zustimmen (19 von 27 EU-Staaten), die wiederum 65% der gesamten Bevölkerung der EU einschließen. Zudem ist auch die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich. Österreich müsste für den Fehlbetrag des ehemaligen zweitgrößten Nettozahlers der EU eine Zusatzbelastung von bis zu 150 Millionen Euro / Jahr in Kauf nehmen, oder: das EU-Gesamtbudget müsste um den britischen Betrag gekürzt werden. Das Pfund Sterling wurde bereits vor dem „Brexit“ massiv abgewertet, am 24. Juni erreichte es ein 30-Jahrestief: Kostete ein Euro Mitte 2015 etwa 70 Pence, so waren es kurz vor dem „Brexit“ 79 Pence. Durch den „Brexit“ brach der Aktienmarkt enorm ein. Zudem könnten die Preise für Rohstoffe (ausgenommen Gold) fallen. Märkte könnten weiterhin mit Panik reagieren, d.h. risikoreiche Anlageklassen (Rohstoffe, Hochzinsanleihen, Aktien) kämen unter Druck. Der Ölpreis, der derzeit bei ca. 50 US-Dollar pro Fass liegt, könnte in Richtung 30 US-Dollar fallen. Der Goldpreis könnte von derzeit 1300 auf 1400 US-Dollar steigen. Die 44,7 Millionen Wahlberechtigten der „Brexit“-Abstimmung verteilten sich zu 37,4 Millionen auf England (davon 5,5 Millionen in London) – also knapp 85% der Abstimmungsberechtigten –, 2,2 Millionen auf Wales, 3,9 Millionen auf Schottland und 1,2 Millionen auf Nordirland. Das Referendum wurde auf jeden Fall in England entschieden. Für einen

Verbleib Großbritanniens in der EU warb Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán: „Es ist Ihre Entscheidung. Aber wir wollen, dass sie wissen, Ungarn steht stolz an Ihrer Seite als EU-Mitgliedstaat.“ US-Präsident Obama warnte vor einem „Brexit“. Niemand kann jedoch voraussagen, wie sich ein „Brexit“ in 15 Jahren auswirken wird. Die britische Gesellschaft ist so gespalten wie nie zuvor. Der EU geht ein einflussreiches Wirtschaftsland verloren, dessen Jugend sich durch den „Brexit“ überwiegend ihrer Zukunft beraubt sieht. Zu spät kam die Einsicht Boris Johnsons, des innerparteilichen Herausforderers von David Cameron: „Wir sind ein Teil Europas“, so sehe er keine Notwendigkeit, von Artikel 50 EU-Vertrag (Lissabon) Gebrauch zu machen. Er hätte demnach keine Eile mit einem Austritt. Cameron meinte am 24. Juni, sein Amt als Premier werde im Oktober an seinen Nachfolger übertragen, dieser soll „die Entscheidung treffen, wann er auf Artikel 50 zugreifen möchte“. Die EU pocht dagegen auf rasche Aufnahme der Austrittsverhandlungen, aus politischen und wirtschaftlichen Gründen: „Jede Verzögerung würde die Unsicherheit unnötig verlängern“, so die Erklärung der EU. Noch am 25. Juni kündigte EU-Finanzkommissar Jonathan Hill aus Großbritannien seinen Rücktritt an. Am selben Tag kamen in Berlin symbolisch die Außenminister der sechs EG-Gründungsstaaten zusammen. Es soll eine Erneuerung der EU eingeleitet werden in Richtung „flexible Union“: Die EU soll sich demnach nur auf jene Bereiche konzentrieren, die nur durch sie selbst bewältigt werden könne, „und alle anderen Themen nationalen oder regionalen Entscheidungsprozessen überlassen.“ Weiteren Austrittsbestrebungen soll so entgegengetreten werden.

Terrorismus in Europa

Nach den Terroranschlägen von Paris am 13. November 2015 mit 130 Toten und 352 zum Teil schwerst Verletzten steht der Kampf gegen den Terrorismus ganz oben auf der EU-Agenda. So wurde am 1. Jänner 2016 bei der Polizeibehörde Europol ein gemeinsames Zentrum für die Terrorbekämpfung (European Counter Terrorism Centre – ECTC) eröffnet. Es soll den Informationsaustausch in diesem einschlägigen Bereich zwischen Mitgliedstaaten verbessern. Mit der Festnahme des „meistgesuchten Mannes Europas“, Salah Abdeslam, am 18. März im Brüsseler Stadtteil Molenbeek war den Ermittlern gut vier Monate nach den Attentaten von Paris ein entscheidender Durchbruch gelungen. Jedoch ereignete sich in Brüssel am 22. März ein schwerer Terroranschlag: Bei Anschlägen am Flughafen Zaventem (Brüssel) sowie in der Innenstadt (Metrostation Maelbeek) im EU-Viertel rissen

Selbstmordattentäter 32 Menschen mit in den Tod. In Belgien fanden ebenso Razzien im Juni statt. Zudem entschied der Nationale Sicherheitsrat, die Terrorwarnstufe im Land unverändert auf der zweithöchsten Stufe zu belassen. Die Terrorwarnstufe 3 (von insgesamt 4) bedeutet, dass ein Terroranschlag möglich ist. Der deutsche Terrorexperte Rolf Tophoven meinte: Anti-Terror-Operationen bzw. Razzien der belgischen Polizei zeigten auf, dass es noch weitere Mitwisser und Operateure rund um die Anschläge von Paris gäbe: „Über Jahre hat sich in Belgien eine militant-islamistische Szene entwickelt. Da ist ein sehr fruchtbarer Boden für den Islamismus entstanden.“ Kurz vor Beginn der Fußball-EM in Frankreich hatte am 6. Juni die ukrainische Polizei an der Grenze zu Polen die Verhaftung eines 25jährigen Lothringers (diese erfolgte am 21. Mai) bekanntgegeben: er habe sich mit Kriegsmaterial eingedeckt, um in Frankreich Moscheen und Synagogen anzugreifen: Dieses Material bestand aus zwei Raketenwerfern, 125 Kilogramm TNT-Sprengstoff, 100 Zündern und rund 5000 Patronen. Laut Aussagen des Leiters des ukrainischen Inlands-Nachrichtendienstes SBU habe der Festgenommene geplant, vor und während der Fußball-EM 15 Attentate gegen Moscheen, Synagogen und Einrichtungen der Steuerverwaltung zu verüben. Sein Motiv sei die „Ablehnung der Regierungspolitik und der massiven Aufnahme von Ausländern in Frankreich, die Verbreitung des Islam und der Globalisierung“. Der Verdächtige, der im Dezember 2015 in die Ukraine eingereist war, wurde fast sechs Monate vom SBU überwacht.

Die Flüchtlings- und Migrationskrise

Nach Angaben des EU-Statistikamtes Eurostat vom April wurden 2015 in der EU um 72% mehr Asylwerber als schutzbedürftig anerkannt als 2014. So wurden 2015 330.350 Asylanträge positiv entschieden, 185.000 waren es noch 2014 gewesen. Die größte Gruppe stellten Syrer mit 50% bzw. 166.100 Personen. Die größte Steigerung der positiven Asylentscheidungen von 2014 auf 2015 gab es in Deutschland (+212%), gefolgt von Österreich (+77%) und Italien (+44%). Für Österreich weist Eurostat für 2015 17.750 positive Asylentscheidungen aus. Mit 148.215 angenommenen Asylentscheidungen lag Deutschland an der Spitze, gefolgt von Schweden (34.470). In Griechenland wurden nur 5875 Flüchtlinge anerkannt. 206.400 Flüchtlinge und Migranten sind zwischen Januar und Juni 2016 in Italien, Griechenland, Zypern und Spanien angekommen, mehr als doppelt so viele wie im Vergleichszeitraum 2015. Doch mit dem Ende der Westbalkanroute und dem im April in Kraft getretenen EU-Türkei-Abkommen ist der Flüchtlingsstrom nach Griechenland beinahe versiegt.

Im Jänner und Februar waren noch Zehntausende Ankünfte zu verzeichnen gewesen, im Mai erreichten nur mehr 1465 Menschen – meist Syrer, Afghanen und Iraker – die griechischen Inseln. Menschen aus Nigeria, Gambia und Somalia treten vorwiegend die Reise nach Malta und Zypern an. Sie kommen über den Sudan oder Niger nach Libyen. Zwischen Januar und Ende Mai 2016 starben bei neun Schiffsunglücken innerhalb von sechs Tagen 1082 Menschen. Damit sind nach Angaben der IOM zwischen Januar und Mai 2856 Menschen im Mittelmeer ums Leben gekommen. 2015 waren es im selben Zeitraum 1800 Personen gewesen. Grenzsicherungen erfolgten in Mazedonien, Kroatien und Slowenien. Flüchtlinge und Migranten versuchen seither, über Bulgarien, Serbien und Ungarn nach Österreich zu gelangen. Im Mai begann die Räumung des informellen Flüchtlingslagers Idomeni in Griechenland. Von den 20.000 Lagerinsassen versanken viele im Schlamm. In der EU existiert weiterhin bei der Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise eine „Krise der Solidarität“. Vom ursprünglichen Ziel der EU-Nachbarschaftspolitik, einen „Ring der Freunde“ von stabilen Staaten zu schaffen, sind sowohl die EU und ihre Mitgliedstaaten sowie die betroffenen Länder so weit entfernt wie nie zuvor. Derzeit können Flüchtlings- und Migrationsströme kurz- bis mittelfristig nicht gestoppt werden, es bleibt nur, diese durch effiziente Kooperation zu steuern. Heute ist absehbar, dass durch die verstärkte kriegs-, konflikt-, wirtschafts- und klimabedingte Flucht / Migration sich bis weit nach dem Jahr 2020 höchste Belastungen für die Grenzsicherheit der EU ergeben werden. So stellt sich weiterhin die primäre Herausforderung für die EU und ihre Mitgliedstaaten darin, endlich so zusammenzuarbeiten, um eine langfristig tragfähige Lösung zur Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise zu erzielen. Benötigt werden Investitionen in Flüchtlingslager entlang der Marschrouten vor allem in Afrika mit gleichzeitigem Aufbau stabiler politischer, wirtschaftlicher sowie sicherheitspolitischer Institutionen und Strukturen. Aus Afrika werden in den nächsten Jahrzehnten die meisten Flüchtlinge und Migranten vorausgesagt. Zudem muss der Schutz der Außengrenzen gewährleistet sein, um die Binnengrenzen zu schützen. Weder in Griechenland noch in Italien gibt es eine funktionierende Außengrenzensicherung. Zudem gibt es innerhalb der EU weder funktionierende Wohn- und Unterbringungsmöglichkeiten noch funktionierende Rückschiebemöglichkeiten und keine funktionierende Verteilung der Flüchtlinge. Als ein vorrangiges Ziel gilt es, illegale Schleppernetzwerke in den Staaten des Westbalkans, Griechenland, der Türkei und in Afrika zu bekämpfen. Die Flüchtlings- und Migrationskrise bedroht massiv bisher Erreichtes und demokratisch-politische Systeme in Europa. Zur Bewältigung der

Ursachen der Flüchtlings- und Migrationskrise fehlt in der EU nach wie vor die große Strategie, und das ist das größte Problem. Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn haben die EU-Migrationspolitik verlassen. Ziel bleibt, die Nordgrenze zu Griechenland dichtzumachen sowie die Balkanroute mit einer „zweiten Verteidigungslinie“ (Zitat: Viktor Orbán) abzuschotten. Schweden und Dänemark haben sich Ende 2015/Anfang 2016 ebenso aus einem gemeinsamen Lösungsansatz ausgeklinkt. Sie nehmen keine neuen Flüchtlinge mehr auf. Frankreich ist bestrebt, den Zuzug deutlich zu beschränken, auch Österreich beendete die „Willkommenskultur“. Die 2015 auf EU-Ebene beschlossene Verteilung von 160.000 Asylwerbern erschien nie richtig umsetzbar. Wir wissen nicht, wie die EU die Flüchtlings- und Migrationskrise in Kooperation mit anderen wesentlichen Akteuren lösen will und wird. Es hängt sehr viel davon ab, wie Mitgliedstaaten und EU-Institutionen zusammenwirken. Der Vorschlag der EU-Kommission vom 4. Mai, 250.000 Euro Buße pro Asylwerber zu verhängen, den ein Land trotz Quote nicht aufnimmt („Fairnessmechanismus“), wobei die nationalen Quoten zunächst aufgrund der Kriterien Bevölkerungsgröße und Wirtschaftsleistung fixiert werden müssten, stieß vor allem in Prag, Warschau, Budapest und Bratislava auf Ablehnung. Der Präsident von Niger, Mahamadou Issoufou, sprach sich anlässlich eines Gesprächs mit Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte Juni dafür aus, Migrationsprobleme nicht erst in Libyen zu lösen, sondern davor. Sein Land wäre zum Aufbau von Aufnahmезentren bereit. Niger ist Transitland für 120.000 Migranten Richtung Libyen. Österreichs Minister Sebastian Kurz, Wolfgang Sobotka und Hans Peter Doskozil präsentierten ebenfalls Mitte Juni einen Aktionsplan, der aus folgenden drei Säulen bestehen soll: besserer Schutz der Außengrenzen, mehr legale Migrationswege und mehr Hilfe vor Ort. Österreich will sich an den Maßnahmen gegen Schlepper materiell und personell stärker beteiligen. Zentraler Teil des Plans sind Asyl- und Migrationszentren in Drittstaaten, in denen Asylanträge durchgeführt werden sollen, sowie ein Ausbau des Resettlements. EU-Gelder für Herkunftsländer sollen an deren Kooperations- und Rücknahmebereitschaft gekoppelt werden. Schweden hatte am 21. Juni mit den Stimmen der rot-grünen Minderheitsregierung und beinahe aller Oppositionsparteien seine Asylregeln drastisch verschärft. Premier Stefan Löfven gab für diese Entscheidung anderen EU-Ländern die Schuld, die wenige Flüchtlinge aufgenommen haben. Künftig sollen in Schweden nur noch befristete Aufenthaltsgenehmigungen erteilt werden, der großzügige Angehörigennachzug wird zeitlich begrenzt und an Bedingungen der finanziellen Selbstversorgung geknüpft. Der Kreis der nachzugsberechtigten

Angehörigen wird auf die Kernfamilie eingeschränkt. Die 2015 enorm angestiegene Anzahl unbegleiteter Flüchtlingskinder, insbesondere aus Afghanistan, soll durch medizinische Alterstests begrenzt werden. Die Verschärfungen sollen am 20. Juli in Kraft treten und für alle Flüchtlinge gelten, die vom Migrationsamt nach dem 24. November 2015 registriert wurden.

EU-Türkei

Trotz der Anti-EU-Rhetorik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan scheint das dritte Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei vom 18. März 2016 wirksam zu greifen. Noch nicht die von der EU erhoffte Wirkung hatten die ersten Abkommen vom 16. Dezember 2013 und 30. November 2015 gehabt. 2013 gründete die Türkei die „Generaldirektion für die Verwaltung der Migration“ (Göç İdaresi Genel Müdürlüğü). Das neue Abkommen beinhaltet mit Gültigkeit 20. März die Rückführung jener Flüchtlinge auf den griechischen Inseln, die keine Aussicht auf Asyl in der EU haben, in die Türkei. Daneben gibt es Bestimmungen, dass pro illegal eingereistem Syrer ein anderer Syrer aus der Türkei in die EU umgesiedelt werden soll (Resettlement) – zunächst bis zu einer Zahl von 72.000 – und dass die Türkei die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um neue See- oder Landwege für die illegale Migration aus der Türkei in die EU zu verhindern. Zu einem Vorziehen der ab 1. Juli angepeilten Visaliberalisierung kam es jedoch nicht. Damit die Visaliberalisierung eingeführt wird, muss ein Staat 72 technische Kriterien erfüllen. Die Türkei hat aus Sicht der EU erst 67 erfüllt, so auch die Standards für die Behandlung von Flüchtlingen. Die Türkei ist jedoch der Auffassung, dass es 70 der 72 Kriterien erfüllt. Umstritten sind 5 Kriterien, insbesondere die Änderung der türkischen Anti-Terrorgesetze. Die EU definiert Terror auf der Grundlage einer Liste von konkreten Verbrechen. In der Türkei ist die Definition weiter gefasst: Auch „Propaganda für den Terrorismus“ fällt unter den Straftatbestand des Terrors. Seit März 2016 wird mit der Türkei über das Kapitel 33 (Finanz- und Haushaltsbestimmungen) verhandelt, seit Dezember 2015 über das Kapitel 17 (Wirtschafts- und Währungspolitik). Derzeit wird über 15 Kapitel verhandelt, eines ist abgeschlossen. Die EU-Kommission will zudem das Kapitel 15 (Energie) eröffnen. Bei den Kapiteln 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit) will Ankara Aktionspläne vorlegen, wie sie den gemeinschaftlichen Besitzstand der EU erreichen will. Die Türkei weigert sich nach wie vor vehement, die seit 1996 bestehende Zollunion der EU auch auf die Republik Zypern auszudehnen. Zudem hat sich seit 2015 die Menschenrechtslage in der Türkei extrem

verschlechtert, die freie Meinungsäußerung wird massiv eingeschränkt, Richter und Staatsanwälte, deren Arbeit Erdoğan nicht goutiert, werden versetzt oder angeklagt. Zudem gibt es heftige Kämpfe zwischen Sicherheitskräften und PKK-Rebellen, verbunden mit zahlreichen Anschlägen und Überfällen. Im Mai hatte eine Zweidrittelmehrheit im türkischen Parlament die Immunität für ein Viertel der Abgeordneten aufgehoben. Dies erfolgte auf Initiative der AKP mit Unterstützung der Nationalistenpartei MHP sowie auch von mindestens 20 Abgeordneten der links-säkularistischen CHP: „Meine Nation will keine straffälligen Abgeordneten im Parlament sehen“, so Erdoğan und meinte damit vor allem jene mehrere Dutzend Abgeordnete der kurdischen HDP, die damit rechnen müssen, vor Gericht gestellt zu werden. Wenn die AKP mindestens 330 Sitze erreicht (von derzeit 316), könnte sie im Alleingang ein Referendum über das von Erdoğan gewünschte Präsidialsystem ansetzen. Der im Mai designierte neue Ministerpräsident Binali Yıldırım – er löste Ahmet Davutoğlu nach dessen Rücktritt ab – betonte seine Loyalität zu Erdoğan und versprach, alles für eine rasche Einführung des Präsidialsystems zu tun.

Die Krisen in der EU und der Aufstieg der Populisten

Österreichs scheidender Bundeskanzler Werner Faymann sah im Frühjahr „eine sehr dramatische Lage. Ich kann mich in der Zweiten Republik an keine Zeit erinnern, in der die Menschen so viele Sorgen und Ängste ihre Zukunft betreffend hatten. [...] Mit dem jetzigen Europa kann man nicht zufrieden sein.“ Junge Arbeitnehmer erhalten meist nur noch befristete Verträge, dies führt vor allem betreffend Zukunftsplanung zu enormer Unsicherheit und verlangt höchste Flexibilität und Mobilität. Ein Studium ist längst keine Jobgarantie mehr. Viele Menschen über 45 / 50 sehen aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit einer sorgenhaften Zukunft entgegen. Populistische und nationalistische Parteien bieten, so der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld, „eine Andockmöglichkeit für Frustration und Verängstigung und für Leute, die eben irritiert sind darüber, was sie im traditionellen Sinne von Politik erleben.“ Die Internationalisierung und Globalisierung der Gesellschaften in Europa und den USA brachten Gegenbewegungen hervor, die Ängste vor diesen Strömungen für ihre Zwecke kanalisieren. Laut Weidenfeld wird ein „Megatrend wie Internationalisierung“ mit einem „Gegentrend beantwortet: Nationalismus, Regionalismus.“ Wirtschafts-, Schulden-, Euro-, Arbeitsmarkt-, Flüchtlings- und Migrationskrisen prägen die meisten EU-Mitgliedstaaten. Insbesondere die Flüchtlings- und

Migrationskrise bedroht die Stabilität politischer Systeme in den EU-Mitgliedstaaten. Zudem dominieren in der globalen Ökonomie massive Ungleichheiten zwischen Reich und Arm. Im Kapitalismus werden zudem menschliche Schwächen belohnt – wie Gier, Geiz, Rücksichtslosigkeit und Verantwortungslosigkeit. Laut Oxfarm haben sich weltweit nur 62 Menschen soviel Wohlstand erwirtschaftet, wie 3,5 Milliarden Menschen im unteren materiellen Segment. Viele dieser Gelder in Billionenhöhe befänden sich in Steueroasen, lediglich 50 Banken managten weltweit einen Großteil des Offshore-Wohlstandes. Ein Fünftel der Milliardäre stammt aus dem Finanzsektor. Die Kluft zwischen Reich und Arm steigt auch in der EU in alarmierendem Ausmaß. Zudem steigen Aggression und Gewalt in der Gesellschaft: „Verrohung der Sprache“, „Hasskriminalität“ und „Aufrufe zur Gewalt“, das beklagte Österreichs Justizminister Wolfgang Brandstetter. Das Flüchtlingsthema befeuert dabei „in einem besorgniserregenden Ausmaß Ängste“, so Österreichs damaliger Bundespräsident Heinz Fischer. Von der Angst hin zur Aggression bzw. zum Hass ist es nur ein kleiner Schritt. Die Zukunftsängste der Menschen sind heute größer als vor einigen Jahrzehnten: „Damals konnte jeder das Gefühl haben, es geht aufwärts, meine Kinder werden es besser haben als ich. Das war unendlich beruhigend. Heute kann niemand versprechen, dass unsere Kinder es auf jeden Fall besser haben werden. Darin liegt eine große Herausforderung für alle, die politische Verantwortung in der Demokratie tragen“, so Heinz Fischer. Von den aktuellen Krisen und Herausforderungen profitieren auf politischem Parkett derzeit EU-weit populistische bzw. radikale/extreme Parteien („Cinque Stelle“ von Beppe Grillo, Jobbik, FPÖ, AfD, Front National, Neue Allianz Flanderns, Dänische Volkspartei, Schwedendemokraten, Ataka, Goldene Morgenröte, Partei für Freiheit). Mehr als ein Jahr nach den EU-Wahlen hatte sich 2015 im EU-Parlament die Rechts-Außenfraktion „Europa der Nationen und Freiheit“ gebildet. Front National, die FPÖ, die Partei von Geert Wilders, die Lega Nord und weitere Parteien bilden diese Fraktion. Am 10. Juni traf sich FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache mit der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry zum medial inszenierten Gipfelgespräch auf der Zugspitze, am 17. Juni lud Strache Marine Le Pen als Stargast zum „Patriotischen Frühling“ nach Vösendorf. Dort erklärte Marcus Pretzell von der AfD: „Wir werden uns unsere Kultur, Sprache und Identität zurückholen“. In Le Pens Weltbild figuriert die EU als „komplettes Desaster“, sie plädiert für ein „Europa der Nationen“ im Geiste Charles de Gaulles. Strache meinte: „Wir sind gegen ein Europa im geostrategischen Interesse der NATO gegen Russland.“ Strache forderte einerseits einen Stopp der EU-Sanktionen gegen Russland sowie andererseits eine „Kurskorrektur, sonst werden wir zur Minderheit im

eigenen Land.“ Le Pen favorisiert ein „Europe à la carte“ und stellte klar: „Ich möchte, dass alle Länder gefragt werden, welche Beziehungen sie zur EU haben wollen.“ Die Populistin erhofft sich durch die breite Anti-EU-Stimmung in Frankreich Auftrieb für ihre Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017. Pretzell meinte: „Wenn die Briten austreten, wird man feststellen, dass es sehr wohl ein Leben nach der EU gibt.“ Rechtspopulisten träumen bereits von einem „Nexit“: Am 6. April hatten sich in den Niederlanden in einem Referendum 61,1% der Wähler (die Wahlbeteiligung lag bei 32,2%) gegen das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine ausgesprochen. Damit wurde das notwendige Quorum, wonach mindestens 30% der Wahlberechtigten auch abstimmen müssen, knapp erreicht. Es handelt sich dabei um ein konsultatives Votum und ist daher politisch nicht bindend. Der Rechtspopulist Geert Wilders jubelte: „Das ist der Anfang vom Ende der EU. Das ist ein Schlag ins Gesicht der EU-Elite.“ Einer Änderung des EU-Ukraineabkommens müssten jedoch alle Mitgliedstaaten zustimmen sowie auch die ukrainische Regierung. Das bleibt jedoch derzeit ausgeschlossen.

In Österreich erreichte der Bundespräsidentenwahlkandidat der FPÖ, Norbert Hofer, am 22. Mai bei den Präsidentschaftswahlen ohne Berücksichtigung des Wiener Ergebnisses 52,4% der Stimmen, in Wien kam er auf 36,7%. So verlor er das Match gegen Alexander van der Bellen (Die Grünen) um 30.863 Stimmen. Van der Bellen setzte sich mit 50,3% der Stimmen gegen Hofer durch und erreichte in städtischen Gebieten und bei Mitte links meist die Mehrheit, Hofer dagegen in ländlichen Regionen und eher bei Mitte rechts. 1970 hätte eine politische Landkarte ähnliche Strukturen zwischen SPÖ und ÖVP gezeigt, so Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer. Die Bundespräsidentenwahl wurde - vor allem motiviert durch das äußerst knappe Ergebnis - von der FPÖ angefochten. Anfang Juli ist mit einer Entscheidung des Gerichtshofes zu rechnen, ob die Wahl wiederholt werden muss. Hofer forderte am 25. Juni ebenfalls ein Referendum über den Verbleib Österreichs in der EU und zugleich Reformen innerhalb der EU binnen eines Jahres: „Wenn die Union sich falsch entwickelt, dann wäre für mich der Augenblick gegeben, wo man sagt: So jetzt muss man auch die Österreicher fragen“, so Hofer. Im Unterschied zu Großbritannien soll demnach in Österreich ein Referendum als Abstimmung über das Ergebnis erzielter Reformen durchgeführt werden.

Im Juni eroberte die fundamental-oppositionelle linke „Cinque Stelle“ („Fünf Sterne“) von Beppe Grillo Rom (Spitzenkandidatin: Virginia Raggi, Anwältin) sowie Turin (Chiara Appendino, Betriebswirtschafterin).

Zudem gingen 19 von 20 mittleren Städten an die „Grillini“. Dies markiert nun den endgültigen Durchbruch der „Cinque Stelle“. Rom ist stark durch hohe Verschuldung (12 Milliarden Euro), Korruption, desolate Infrastruktur und Misswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen worden, Turin durch die Olympischen Spiele 2006 hoch verschuldet (jedoch solide verwaltet). Raggi wurde mit Zweidrittelmehrheit Bürgermeisterin Roms – als erste Frau in der 2769-jährigen Geschichte der Stadt. Die nächsten Parlamentswahlen in Italien finden 2018 statt. Die Schwäche der etablierten Parteien sowie die scheinbare Perspektivenlosigkeit und Ängste der Bevölkerungen in der EU treiben populistischen und radikalen bis extremen Parteien die Wähler zu. Das Vertrauen der Bürger in die etablierten Parteien sinkt drastisch. Stellen etablierte Parteien kein Vertrauen in der Bevölkerung her, gewinnen Populisten stark an politischem Terrain. Um dies zu vermeiden, bedarf es transparenter und nachhaltiger Politik, investitionsfreundlicherer Verordnungen und Richtlinien, dem Stopp der Steuerbelastung, der Eindämmung der negativen Auswüchse des internationalen Kapitals und einer umfassenden und effizienten Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise. Der frühere französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing und maßgebliche Autor des 2005 gescheiterten EU-Verfassungsvertrages hat sich angesichts des „Brexit“-Referendums für eine Neuorganisation der EU ausgesprochen. Er sieht die Lösung in einem „harten Kern“ aus Deutschland und Frankreich. Aus seiner Sicht ist eine EU-28 „nicht regierbar“. Die EU sei demnach „unfähig, die Probleme der heutigen Zeit anzugehen, wie die Wirtschaftskrise oder die Globalisierung.“ Zudem sei die EU nicht in der Lage, „sich dem Wettbewerb mit anderen großen Weltregionen zu stellen und auch unfähig, dem Migrationsproblem zu begegnen.“ Die EU benötige, so US-Präsident Barack Obama, mehr Zusammenarbeit und eine größere Offenheit: „Ihr seid stärker, wenn ihr zusammen steht.“

Das TTIP

Im Juli wird die 14. Verhandlungsrunde des TTIP – es umfasst 24 Kapitel – tagen. Strittige Punkte bleiben: 1. Schiedsgerichte: im Fall von Streit zwischen Firmen und Staaten sind die USA bestrebt, Schiedsgerichte entscheiden zu lassen, die EU plädiert für öffentliche Gerichte. Die umstrittenen Schiedsgerichte würden Investoren erlauben, im Fall von Benachteiligungen gegen Staaten zu klagen und Schadenersatz zu verlangen. So bemängeln Kritiker, dass Firmen Gerichte nutzen könnten, um unliebsame Gesetze zu verhindern. Die EU-Kommission ist jedoch bestrebt, unabhängige

Richter an einem neuen „Gerichtshof für Investorenschutz“ zu berufen. Eine Berufungsinstanz soll zudem eine einheitliche Anwendung der Regeln sicherstellen. Die EU-Kommission will zudem klarstellen, dass das Recht der Staaten, neue Regeln zum Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz zu erlassen, nicht eingeschränkt wird. 2. Öffentliche Beschaffung: Die USA zielen auf den Zugang von Wasser-, Energie- und Verkehrswirtschaft in der EU, EU-Firmen sollen im Gegenzug dafür an US-Ausschreibungen auf Bundesebene teilnehmen können. 3. Kulturgüter: die EU-Kulturszene fühlt sich durch US-Filme und –Musik bedroht. 4. Verbraucherschutz: Die USA wollen Produkte nur verbieten, wenn ihre Schädlichkeit wissenschaftlich bewiesen ist. Die EU verbietet Produkte wie Hormonfleisch oder gentechnisch veränderte Pflanzen schon bei Hinweisen auf ein Risiko. 5. Außenhandel: Die USA wollen Importe von Autoteilen nur erleichtern, wenn die EU bei Agrarimporten den USA Erleichterungen anbietet. Bei TTIP würde ein ausgewogenes und fair verhandeltes Abkommen ermöglichen, die fortschreitende Globalisierung zu regeln. Ansonsten wird sich stets der Stärkere gegenüber dem Schwächeren durchsetzen. Ein endgültiges Ja zu TTIP muss geknüpft sein an die Wahrung der EU-Lebensmittel-, Umwelt-, Sicherheits-, Sozial- und Rechtsstaatlichkeitsstandards. Ein Beispiel könnte hiezu das am 2. Dezember 2015 beschlossene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam sein. Nach dreieinhalb Jahren hatten sich die EU und Vietnam darauf geeinigt. Bemerkenswert ist, dass die Regierung in Hanoi auch der Schaffung eines unabhängigen Schiedsgerichts für Streitigkeiten zwischen Staaten und Privatinvestoren mit öffentlichen Richtern zugestimmt hat. Dieses Abkommen zielt auf den Wegfall fast aller Zölle, zudem soll der Freihandel nicht auf Kosten von Menschenrechten und Umwelt durchgesetzt werden, Arbeitnehmerrechte und natürliche Lebensgrundlagen sollen geschützt werden. TTIP-Verhandlungen sind nicht transparent, das gilt jedoch ebenso für andere internationale Verhandlungen. Der Prozess insgesamt ist nicht undemokratisch, für das TTIP benötigt es der Zustimmung des EU-Parlaments und aller nationalen Parlamente. Die Aufrechterhaltung der hohen europäischen Lebensmittelstandards ist ein äußerst verständlicher Wunsch. Es zeigt die Realität, dass mehr als sieben Milliarden Menschen nicht mit Bioprodukten aus ihren Regionen ernährt werden können, sondern ausschließlich mit Unterstützung moderner Agrar- und Gentechnologien. Es gilt jedoch, eine strenge Kennzeichnungspflicht für Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen.

Staatsschuldenkrise, Euro-Leitzins auf Null

Die Banken-, Finanzmarkt- und exorbitante Staatsverschuldenskrise ist für die EU ebenso zu einer Existenzfrage geworden. 2015 betrug laut Eurostat die Gesamtstaatsverschuldung zum BIP in Griechenland 177%, in Italien 133%, in Portugal 129%, in Zypern 109%, in Belgien 106%, in Spanien 99%, in Frankreich 96%, in Irland 94%, in Österreich 86%, in Slowenien 83%, in Deutschland 71%, in den Niederlanden 65%, in Malta 64%, in Finnland 63%, in der Slowakei 53%, in Litauen 43%, in Lettland 36%, in Luxemburg 21% sowie in Estland 9,7%. Es drohte der größte integrationspolitische Rückschlag durch die befürchtete Auflösung der Eurozone. Trotz der enormen und bis dato undenkbaren expansiven und unkonventionellen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) mit den Zielen Konjunkturbelebung bzw. Stärkung der Investitionstätigkeit verbunden mit einer milliardenschweren Investitionsoffensive seitens der EU-Kommission („Juncker-Plan“) ist 2016 ein nachhaltiger Aufschwung nicht in Sicht. Mit diesem Staatsanleihe-Ankaufprogramm „Quantitative Easing“ setzt sich die EZB nicht nur über jene Kritik hinweg, wie sie von der Bundesbank geäußert wird, sondern überschreitet ihre Kompetenzen und verstößt gegen die im EU-Vertrag als Grundlage der Währungsunion normierten Regeln, vor allem gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung. Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verbietet in Artikel 123 den Zentralbanken nur Staatsanleihekäufe am Primärmarkt. Mit ihren Käufen manipuliert die EZB die Staatsanleihenrenditen drastisch herunter mit dem Resultat, dass die Eurostaaten zum Nulltarif neue Schulden machen können. Jeder Anreiz, die exorbitante Staatsverschuldung abzubauen, wird somit beseitigt. Mit März 2016 setzte die EZB den Leitzins auf Null und pumpt seither noch mehr Geld in die Banken. So existiert erstmals in der Eurozone kein Leitzins mehr, d.h. es gibt zwar einen Zinssatz, diesen aber hat die EZB am 10. März 2016 von 0,05% auf exakt Null gesenkt. Gleichzeitig wurde der Strafzinssatz, den Banken für Einlagen bei der EZB bezahlen müssen, von minus 0,3% auf minus 0,4% gesetzt. EZB-Chef Mario Draghi kündigte an, dass das Anleihenkaufprogramm der EZB von 60 auf 80 Milliarden Euro pro Monat ausgeweitet wird. Die Politik extrem niedriger bis Nullzinsen und voll aufgedrehter Geldhähne hat schon bisher nichts bewirkt. Deutschlands Bankenverband erklärte, diese „unnötigen Maßnahmen“ würden Wirtschaftsreformen und notwendige Bankensanierungen weiter verschleppen. Die ausgeweitete Geldschwemme ist noch nicht in der Realwirtschaft angekommen. Die Kreditvergabe an Unternehmen nahm kaum zu. Kredite an die Privatwirtschaft müssen mit Eigenkapital der Banken

unterlegt werden, was die Kapitalquoten der Institute verringert. Kredite an Staaten sind nicht unterlegungspflichtig. Diese sind wie bei Griechenland sicher. Die Folge: Für Banken ist es wesentlich lukrativer, mit dem EZB-Geld Staatsanleihen zu zeichnen (die ihnen die EZB dann abkauft), als Kredite zu vergeben. Die EZB treibt somit Staatsverschuldungen an und hält dringend notwendiges Investitionskapital von der Wirtschaft fern. Seit 2009 haben die europäischen Banken ihr Firmengeschäft enorm reduziert, die Staatsfinanzierung jedoch umfassend ausgeweitet. EZB-Milliardenhilfen bleiben folglich im Dreieck Notenbank, Geschäftsbanken und Staat hängen. Die Nullzinspolitik schmälert zudem die Erträge der Banken. Zudem bleiben im Zuge der Nachwehen der Finanz- und Schuldenkrise Differenzen bestehen: Italien, Griechenland, Portugal und Spanien wollen die gemeinsame Stabilitätspolitik aufweichen. Portugals neue Regierung unter Ministerpräsident António Costa rief zum „Ende der Austerität“ auf, Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi forderte Zusagen aus der EU für ein höheres Budgetdefizit und durchkreuzt mit Frankreich die Pläne für einen geregelten Abbau von Schulden. Frankreich kam 2015 auf ein Defizit von 3,6% und sieht sich auch 2016 außerstande, die Vorgaben von 3% einzuhalten. Fazit: Brüssel gewährt ein zusätzliches Jahr Aufschub, im Frühjahr 2017 werden in Frankreich Präsidentschaftswahlen abgehalten. Der Leiter der Euro-Finanzminister, Jeroen Dijsselbloem, forderte die EU-Kommission auf, die Defizitregeln zu schützen, unabhängig davon, wo und wann Präsidentschaftswahlen sind.

Die NATO und ihre Partner

Als Reaktion auf den unverändert gegebenen „Bogen der Instabilität“ verstärkte die NATO ihre internen Anstrengungen für die kollektive Abhaltung – „Deterrence“. Mit der Russischen Föderation wurde ein Modus Vivendi gesucht, wobei „Defence and Dialogue“ dafür als Schlüsselwörter dienen. Ein anderer Partner, Montenegro, befindet sich im Aufnahmeverfahren als zukünftiger 29. Alliiertes. Die unsichere Lage in Nordafrika sowie im Nahen Osten erhöht die Bedeutung der dortigen Partnerschaftsformate. Alles in allem werden auf dem Anfang Juli in der polnischen Hauptstadt stattfindenden NATO-Gipfel Entscheidungen getroffen werden, die zumindest die mittelfristige Zukunft des Bündnisses determinieren.

Die Raketenabwehr der NATO

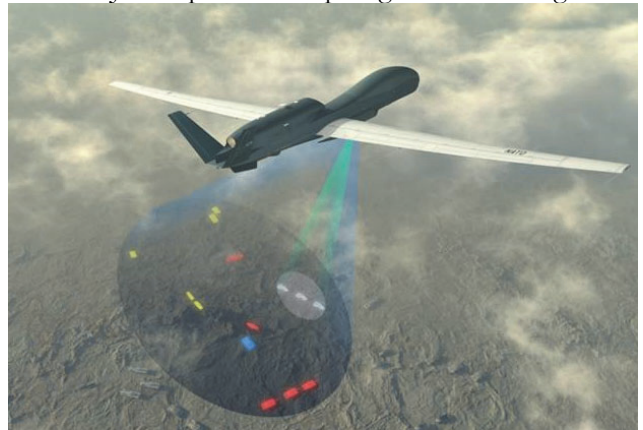
Am 13. April trat der Nordatlantikrat zusammen, um über den aktuellen Entwicklungsstand des NATO-Raketenabwehrsystems zu beraten. Dieses besteht derzeit aus mehreren Überwachungssensoren, Kommando- und Kommunikationseinrichtungen sowie zumeist seegestützten Raketenanlagen. Am 12. Mai wurde das erste von den USA betriebene landgestützte Abschussystem auf der rumänischen Luftwaffenbasis Deveselu bei Bukarest in den Gesamtverbund integriert und einen Tag später in Polen mit dem Bau der nächsten Anlage begonnen. In Deveselu befinden sich vor allem Standard Missile (SM) 3. NATO-Generalsekretär Stoltenberg betonte dabei, dass der Schild „Russlands nukleare Abschreckung in keiner Weise untergräbt.“



NATO-Generalsekretär Stoltenberg bei der Indienststellung des Abschussystems in Deveselu / Rumänien

Air Ground Surveillance (AGS)

Nach dem erfolgreichen Jungfernflug im vergangenen Dezember erfolgen nun die Tests der Sensoren der unbemannten Drohnen, die von der NATO angeschafft werden. Ziel ist die Stationierung aller fünf Fluggeräte noch in diesem Jahr auf der Luftwaffenbasis Sigonella/Sizilien. Auf diesem Platz befinden sich bereits die US Global Hawk, die zu 95% baugleich sind. Die wesentlichen Unterschiede betreffen die Bodenstationen, die zumeist von europäischen Rüstungsfirmen entwickelt wurden. 2017 ist die volle Inbetriebnahme dieses Aufklärungssensors geplant, mithin 5 Jahre später als ursprünglich beabsichtigt.



Alliance Air Ground Surveillance

US-Verstärkungen in Europa ab 2017

US-Verteidigungsminister Carter stellte im Februar eine Vervierfachung der Mittel für die „European Reassurance Initiative“ in Aussicht. Mit 3,4 Mrd.\$ soll 2017 die Präsenz der US-Soldaten in Europa um zusätzliche 3000 – 5000 Soldaten erhöht, deren Übungsbeteiligungen und der Umfang des vorbereiteten Geräts ausgeweitet werden. Das Prinzip der Stationierung auf Rotationsbasis wird aber nicht geändert, nur werden dann drei statt bisher zwei Brigaden in Europa stationiert sein. Diese Verstärkungen gehen aber zulasten geplanter Modernisierungen, die nun verzögert werden müssen. Es bleibt auch eine gewisse Ironie, dass Teile dieser Truppen erst 2013 abgezogen wurden und nun unter geänderten politischen Umständen wieder zurück gebracht werden müssen.

Partner

Montenegro

Mitte Mai trafen sich die NATO-Außenminister in Brüssel, um die aktuelle Lage und den Stand der Vorbereitungen für das Gipfeltreffen in Warschau zu erörtern. Als erster Tagesordnungspunkt wurde das Beitrittsprotokoll für Montenegro unterzeichnet, womit

der zukünftige Alliierte nun als Beobachter zu allen Sitzungen eingeladen ist. Ein erster konkreter Schritt war die Teilnahme des Landes an der Sitzung des Militärkomitees am 26. Mai. Nach Ratifizierung des Protokolls in allen NATO-Mitgliedsländern wird der kleine Balkanstaat der 29. Verbündete der Allianz, womit 2017 zu rechnen ist.

Russische Föderation

Nach längerer Vorbereitung wurde am 20. April 2016 wieder eine Sitzung des NATO-Russland-Rates abgehalten. Trotz des Gedankenaustauschs blieben die Spannungen wenig überraschend bestehen, vor allem mit Blick auf den Konflikt in der Ukraine. Die NATO verdeutlichte einmal mehr, dass sie die Annexion der Krim nicht anerkennt und wirft Moskau die Unterstützung der Separatisten vor. Für den Kreml handelt es sich aber um einen Bürgerkrieg im Nachbarland, in dem kaum Einflussmöglichkeiten bestehen.

Neben der Ukraine bildeten Afghanistan und die verbesserte Transparenz bei militärischen Aktivitäten beider Seiten die weiteren Themen, nicht zuletzt, da sich in der Ostsee ein russisches Kampfflugzeug und ein amerikanischer Zerstörer nur wenige Tage davor gefährlich nahe kamen. Die abgehaltene Ratssitzung war die erste seit dem Juni 2014.



Russische Su-24 beim Überflug über die USS Donald Cook

Europäische Union

Hier konnten in jüngster Vergangenheit punktuelle Erfolge erzielt werden, dazu zählen das im Februar vereinbarte Technical Agreement für Informationsaustausch in der Cyber-Abwehr und das knapp drei Monate zuvor abgeschlossene Abkommen zwischen dem EU-Militärstab und dem US-Kommando für Europa, USEUCOM, das ebenso den Austausch relevanter Informationen regelt. Schließlich erfährt die EU auch die Unterstützung der NATO-Marineeinheiten zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität in der Ägäis, ein Modell, das eine Ausweitung erfahren könnte. So

wird überlegt, das Mandat der maritimen Anti-Terroroperation der NATO, „Active Endeavour“, so abzuändern, dass damit „EUNAVFOR Sophia“ unterstützt werden könnte.



Operation Active Endeavour

Nordafrika und der Nahe Osten

Fehlender politischer Wille und infolge der Herausforderungen der kollektiven Abhaltung fehlende militärische Kapazitäten verhindern ein signifikantes Engagement des Bündnisses gegenüber dem südlichen Teil des „Bogens der Instabilität“. Als Ersatz dient „Projection of Stability“, also Ausbildungsinitiativen für Streitkräfte der Staaten, die dies wünschen, „da die NATO auch eine Ausbildungsallianz werden muss“, wie ihr Generalsekretär Stoltenberg befand. So wird Tunesien in der Weiterentwicklung der Spezialeinsatzkräfte unterstützt. Jordanien eröffnete neben Israel im Mai eine Botschaft zur NATO. Die drei genannten Länder sind Mitglied des 1994 gegründeten „Mediterranean Dialogue“. Jordanien stellt auch Personal und Infrastruktur für die Anfang April begonnene Ausbildung irakischer Kräfte in den Bereichen Sanitätsdienst, zivil-militärische Planung und Bekämpfung von Sprengfallen zur Verfügung. Diese Ausbildung wird von der NATO getragen und finanziert, dafür werden noch vorhandene Mittel aus der zu Jahresende 2011 eingestellten „NATO Training Mission Iraq“ herangezogen. Das Hilfsprogramm ist gut abgestimmt mit den Aktivitäten im Raum der Anti-ISIS Koalition, der EU und den UN. Auch Libyen könnte militärische Expertise zum Wiederaufbau des Sicherheitsapparats erhalten, sofern sich die Verhältnisse ausreichend stabilisieren und ein Ersuchen der Behörden vorliegt. Libyen ist bis dato in keinem Partnerschaftsformat integriert.

Maßnahmen gegen den Terrorismus und zur Verbesserung der Sicherheit auf den Meeren sind Themen, mit denen das Bündnis seine Zusammenarbeit mit dem Golfkooperationsrat vertiefen möchte. Einige Staaten dieses regionalen Forums gehören auch der NATO-Partnerschaft mit dem Namen „Istanbul

Cooperation Initiative“ an. Kuwait, Bahrain und Katar eröffneten erst kürzlich Botschaften am Brüsseler Hauptquartier. Davon abgesehen ist die bilaterale Kooperation nicht besonders ausgeprägt und beschränkt sich auf Ausbildung im Bereich der Abwehr biologisch-chemischer Kampfstoffe, im abgeschlossenen ISAF-Engagement der Vereinigten Arabischen Emirate sowie einem Transitabkommen mit Kuwait zur Unterstützung der „Resolute Support“-Mission.

Das Gipfeltreffen in Warschau Anfang Juli – mögliche Themen

Wie oben dargelegt werden das Verhältnis zur Russischen Föderation und die schwierige Lage an der Südgrenze des Bündnisses die voraussichtlichen Hauptthemen des Sommergipfels in Warschau sein.

In Verfolgung der Strategie des „Defence and Dialogue“ gegenüber Russland ist noch eine weitere Sitzung des NATO-Russland-Rats vor dem Gipfeltreffen wahrscheinlich. In Warschau wird das nordatlantische Bündnis aller Voraussicht nach betonen, dass der politische Dialog mit Moskau nur unter der Maßgabe versucht werde, dass die Annexion der Krim illegal ist und daher nicht anerkannt wird. Eine schwierige Ausgangslage. Vielleicht könnte eine Wiederaufnahme der militärischen Zusammenarbeit mit dem Ziel, über verbesserte Offenheit gefährliche Situationen wie in der Ostsee zu vermeiden, einen ersten praktikablen Weg zur Zusammenarbeit in Nebenthemen aufzeigen.

Unter „Defence“ wird die schon mehrmals beschriebene „Speerspitze“ der NRF knapp zwei Jahre nach ihrer Aufstellung offiziell die „volle Einsatzbereitschaft“ erklärt bekommen. Eine Stufe darunter wird der NATO-Raketenabwehr die „vorläufige Einsatzbereitschaft“ verliehen. Beide Beschlüsse senden damit das politische Signal aus, dass die Allianz unverändert bereit steht, ihre Mitgliedsstaaten gegen jede militärische Bedrohung zu schützen. Dazu gehören auch die vier multinationalen Bataillone, die auf Drängen der Polen und der Balten nach permanent stationierten Einheiten in diese Länder verlegt werden. Da aber in der aktuellen Lage die sicherheitspolitischen Herausforderungen unter dem Begriff „hybride Kriegsführung“ wesentlich komplexer geworden sind, werden auch nichtmilitärische Inhalte zur Erörterung kommen. Hier wären vor allem die Verbesserung der Cyber-Abwehr, der Schutz kritischer Infrastruktur in all seinen Formen und die Verfügbarkeit ziviler Dienste wie das Transportwesen zu erwähnen. Gerade dort erschwerten in den vergangenen Jahrzehnten vorgenommene Privatisierungen die notwendige Verlegung von Soldaten.



U.S. Marines landen während BALTOPS 16 im finnischen Syndalen

„Project Stability“ bedeutet auch, dass für die afghanischen Streitkräfte die Mission „Resolute Support“ im selben Umfang weiter geführt und ihre Umwandlung in eine zivile Unterstützung auf Ende 2017 verschoben wird. Eine Sitzung mit Partnern in der „Interoperability Platform“ könnte dabei nicht nur Fragen der Zusammenarbeitsfähigkeit beleuchten, sondern auch, welche Beiträge Partner für obige Ausbildungsinitiativen beisteuern könnten.

Ein weiterer schwacher Staat in einem geopolitisch höchst sensiblen Raum ist die Ukraine. Ihr wird wohl im Rahmen der bereits 1997 gebildeten NATO-Ukraine Kommission eine eigene Sitzung gewidmet, um die weitere Unterstützung des Landes zu behandeln. Denkbar ist die Fortführung der 2014/15 beschlossenen Programme zur Reform des Verteidigungs- und Sicherheitssektors, der Logistik, der Standardisierung, der Führungsunterstützung, der Cyber Abwehr und zur Versorgung von Verwundeten. Mehr kann Kiew nicht erwarten.

Die NATO verordnete sich 2010 ein neues Strategisches Konzept mit drei Kernaufgaben, eine davon ist „Cooperative Security“. In deren Entsprechung wird das Bündnis in Warschau die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen betonen, vor allem mit der EU. Mit ihr teilt die transatlantische Allianz 22 Mitgliedstaaten und vergleichbare Herausforderungen in Ost und Süd. Die Überlegungen gehen nun in eine Art Arbeitsteilung, in der die EU die Staaten an der Peripherie mit demokratischen und wirtschaftlichen Reformen unterstützt, die NATO bei der Verbesserung des jeweiligen Verteidigungssektors. Darüber hinaus würde in Zeiten der Informationskampagnen eine Abstimmung in der strategischen Kommunikation den Standpunkt beider Organisationen stärken, beispielsweise bei einer hybriden Bedrohung

gemeinsamer Mitglieder wie der baltischen Republiken. Es bleibt aber ungewiss, ob sich eine derart breite strategische Koordination ergibt, ist doch die bisherige Zusammenarbeit trotz bestehender Grundsatzabkommen aus 2002/03 noch immer nicht besonders ausgeprägt.

Defence and Dialogue

Das Verhältnis zur Russischen Föderation und die schwierige Lage an der Südgrenze des Bündnisses werden die voraussichtlichen Hauptthemen des Sommergipfels in Warschau sein. In Verfolgung der Strategie des „Defence and Dialogue“ gegenüber Russland wird das nordatlantische Bündnis aller Voraussicht nach betonen, dass der politische Dialog mit Moskau nur unter der Maßgabe versucht werde, dass die Annexion der Krim illegal ist und daher nicht anerkannt wird. Eine schwierige Ausgangslage. Vielleicht könnte eine Wiederaufnahme der militärischen Zusammenarbeit einen ersten praktikablen Weg zur Zusammenarbeit in Nebenthemen aufzeigen. Unter „Defence“ wird die schon mehrmals beschriebene „Speerspitze“ der NRF knapp zwei Jahre nach ihrer Aufstellung offiziell die „volle Einsatzbereitschaft“ erklärt bekommen. Eine Stufe darunter wird der NATO-Raketenabwehr die „vorläufige Einsatzbereitschaft“ verliehen. Beide Beschlüsse senden damit das politische Signal aus, dass die Allianz unverändert bereit steht, ihre Mitgliedsstaaten gegen jede militärische Bedrohung zu schützen. Dazu gehören auch die vier multinationalen Bataillone, die auf Drängen der Polen und der Balten nach permanent stationierten Einheiten in diese Länder verlegt werden. Da aber in der aktuellen Lage die sicherheitspolitischen Herausforderungen unter dem Begriff „hybride Kriegsführung“ wesentlich komplexer geworden sind, werden auch nichtmilitärische Inhalte zur Erörterung kommen. Hier wären vor allem die Verbesserung der Cyber-Abwehr, der Schutz kritischer Infrastruktur in all seinen Formen und die Verfügbarkeit ziviler Dienste wie das Transportwesen zu erwähnen.

Herausforderungen jede interne Fragmentierung zu vermeiden: Denn unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung und die Schwierigkeiten, eine Führungsnation für das 4. Bataillon im Osten zu finden, zeigen eine verbesserungswürdige allianzinterne Solidarität, mit denen ein mittlerweile auf 28, bald 29 Mitglieder angewachsenes Bündnis zwangsläufig konfrontiert ist.

Dennoch ist absehbar, dass das nordatlantische Bündnis mit aus seiner Sicht klaren Positionen aus dem Gipfel in der polnischen Hauptstadt hervorgehen und damit auch Geschlossenheit demonstrieren wird. Auch in den nächsten sechs Monaten wird an den beiden Schwergewichten, nämlich Verstärkung der kollektiven Abhaltung und Vertiefung der partnerschaftlichen Beziehungen unter „Project Stability“, weiter gearbeitet. Dies kann aber nicht verdecken, dass ihr in der aktuellen politischen Lage Gefahren von ganz woanders drohen: Die schon länger aus dem Gleichgewicht geratene allianzinterne Lastenteilung ließ zuletzt im US-Wahlkampf Stimmen aufkommen, die gegen die anhaltende überproportionale Beteiligung des Landes Position bezogen und sogar ein Ende der NATO als verschmerzbar erachteten. In Europa wiederum könnten zumindest mittelfristig die immer stärker werdenden zentrifugalen Kräfte die EU schwächen oder sogar auflösen und damit zu einer Renationalisierung des Kontinents führen. Das würde mit hoher Wahrscheinlichkeit auch das Ende der transatlantischen Allianz bedeuten.

Bewertung und Ausblick

Im Vergleich mit anderen Themen wird die kollektive Abhaltung gegenüber der Russischen Föderation, also „Defence“ im weitesten Sinne, die alliierten Überlegungen beherrschen. Dabei muss aber beachtet werden, dass dies besonders für östliche Mitglieder zutrifft, für südliche steht hingegen die unsichere Lage im Mittelmeerraum im Vordergrund. Die NATO wischt derartige Spannungen noch mit der Versicherung beiseite, dass ihre Response Force überall eingesetzt werden könne und versucht, bei den bestehenden

... und ihre Partner und Herausforderer

Russland und der zentralasiatische Raum

In der ersten Jahreshälfte 2016 ist die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands aufgrund eines Teilabzugs seiner Kräfte aus Syrien durch eine scheinbar gemäßigte assertive Verfolgung eigener Interessen in den internationalen Beziehungen gekennzeichnet. Grundsätzlich werden aber wesentliche außen- und sicherheitspolitische Trends des Vorjahres fortgesetzt. Zentrale Pfeiler dieser Politik sind:

- Vertiefungen der Kooperationen im Rahmen der BRICS sowie mit zentralasiatischen Staaten;
- Engagement im Nahen und Mittleren Osten – mit Schwergewicht auf die Entwicklungen in Syrien;
- Stabilisierung der Lage im Osten der Ukraine.

Ein wesentliches außenpolitisches Anliegen bleibt die Aufhebung der EU-Sanktionen, die der russischen Wirtschaft bereits erheblichen Schaden zugefügt haben. Somit kommt den Beziehungen zur EU und einiger ihrer Mitgliedstaaten eine wesentliche Bedeutung zu. Insbesondere scheint die aus Moskaus Perspektive mit Sorgen wahrgenommene Verlegung von NATO-Truppen in die baltischen Staaten sowie nach Polen trotz partieller Annäherung zwischen der Allianz und Russland die Spannungen in Osteuropa zu verstärken. Dies beeinträchtigt vor allem auch das Verhältnis zur EU. Die Hoffnungen Moskaus auf eine Aufhebung der Wirtschaftssanktionen haben sich somit nicht erfüllt, wodurch Kooperationen mit nicht westlichen Akteuren in den Mittelpunkt rücken.

Internationale Kooperationen

Für die russische Regierung ist die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Staaten auf der Basis von institutionellen „Formaten“ für die Durchsetzung von eigenen außen- und sicherheitspolitischen Interessen im globalen und regionalen Kontext von großer Bedeutung. Dazu gehören folgende Organisationen:

- BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika);
- Shanghai Cooperation Organization (SCO: China, Russland, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan);
- Collective Security Treaty Organization (CSTO: Russland, Weißrussland, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan);

- Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU: Russland, Weißrussland, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan).

Die im Berichtszeitraum erfolgte Vertiefung der Zusammenarbeit Moskaus mit Partnerstaaten in den Formaten BRICS, SCO, CSTO und EAWU soll einerseits die stark eingeschränkten außenpolitischen Beziehungen zu westlichen Akteuren und andererseits auch die von den EU-Sanktionen hervorgerufenen negativen Folgewirkungen für die russische Wirtschaft kompensieren. Zudem stellt Moskau mit dem verfolgten Ansatz einer multipolaren Weltordnung den globalen Führungsanspruch der USA weiterhin in Frage. Vor diesem Hintergrund werden die wesentlichen Entwicklungen in diesen Organisationen seit Jänner 2016 kurz skizziert.



Präsident Putin bei den Russland-ASEAN-Gesprächen

BRICS

Zusammen mit den BRICS-Staaten versucht Russland vor allem mit der „New Development Bank“ (NDB), ehemals BRICS Development Bank, die von den USA und dem Westen dominierten Institutionen der Weltbank sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF) herauszufordern. Die Einigung auf die Gründung einer eigenen Entwicklungsbank erfolgte 2014, also 70 Jahre nach dem sogenannten Bretton-Woods-Abkommen, das den Aufbau der Weltbank und des IWF zur Folge gehabt hatte. Laut dem Wallstreet Journal generieren Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika zusammen ca. 25% der globalen Bruttoinlandsprodukte (BIP). Diese Staaten könnten somit durchaus eine Konkurrenz für westliche Einrichtungen darstellen. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurden weitere Schritte zur Inbetriebnahme der NDB eingeleitet. So wurden im Jänner vom NDB-Aufsichtsrat die prozessualen und politischen Umsetzungsmaßnahmen beschlossen, und im Februar fanden Absprachen mit der Stadt Shanghai bezüglich des Aufbaus der Zentrale statt. Schließlich wurde im

März die Anstellung von 100 Mitarbeitern in der Shanghaier Zentrale bis Jahresende 2016 vereinbart. Das operative Budget der NDB soll zunächst 100 Mrd. US-Dollar betragen. Laut Experten kann die Frage, ob durch die NDB eine „neue Weltfinanzordnung“ entsteht und vor allem den USA nachhaltig schaden könnte, in diesem Entwicklungsstadium nicht beantwortet werden. Vieles wird von der Wirtschaftskraft und außenpolitischen Interessen der BRICS-Staaten abhängen. Für die Jahre 2016-2017 ist in Brasilien und Russland mit einer Rezession und in China mit einer Drosselung des Wirtschaftswachstums zu rechnen. Zudem ist Brasilien durch schwere innenpolitische Konflikte geschwächt. Jedenfalls nutzt Moskau das „BRICS-Format“ als ein Aktionsfeld für die Durchsetzung eigener Ziele.

Shanghai Cooperation Organization

Die Unterzeichnung des Beitrittsmemorandums zur SCO durch den pakistanischen Präsidenten Mamnoon Hussain und dem indischen Premier Narendra Modi beim SCO-Gipfel am 24. Juni 2016 in der usbekischen Hauptstadt Taschkent wird von Kreml als ein historischer Schritt bezeichnet. Mit gegenwärtig einem Drittel der Weltbevölkerung ist die SCO die größte Regionalkooperation und schließt sowohl wirtschaftliche als auch sicherheits- und verteidigungspolitische Politikfelder ein. Mit der Aufnahme von Pakistan und Indien als Vollmitglieder vermutlich erst 2017 müssten neue strategische Interessen definiert und diese auch umgesetzt werden. Die Bedeutung der SCO könnte nach der Erweiterung um die „Erzrivalen“ noch steigen, falls es Russland und China gelingen würde, die Spannungen zwischen Islamabad und Neu-Delhi abzubauen. Jedenfalls soll dies laut vom russischen Präsidenten Wladimir Putin beim Gipfel getätigten Aussagen erfolgen. Grundsätzlich gilt die SCO als eine von Moskau und Peking dominierte Organisation, wodurch den anderen Mitgliedsländern eine untergeordnete Rolle zukommt. Allerdings verfolgen Russland und China unterschiedliche Prioritäten. Während in Russland der Fokus auf sicherheitspolitische Aspekte der SCO mit der Absicht, westliche Machtprojektionen in Asien zu schwächen, ausgerichtet ist, verfolgt die chinesische Regierung vor allem wirtschaftliche Interessen. Putin hat im Mai erneut angekündigt, sich stärker für die Mitgliedschaft von Iran in der SCO einzusetzen, das wie Weißrussland, der Mongolei und Afghanistan gegenwärtig einen Beobachterstatus hat.

Collective Security Treaty Organization

Die CSTO als kollektives Verteidigungsbündnis gilt laut Moskau als ein Pendant zur NATO, doch vor dem Hintergrund der militärischen Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan wurde der Anspruch und die Realität dieser Allianz offensichtlich. Nachdem im April eine neue Stufe der Eskalation zwischen Armenien und Aserbaidschan über 100 Menschenleben auf beiden Seiten gefordert hatte, konnte Armenien bis auf Russland auf keine nennenswerte politische Unterstützung und militärischen Vorgehensmaßnahmen der anderen Mitgliedsstaaten zählen. Zudem wurde von Jerewan hinter vorgehaltener Hand Kritik geäußert, wonach die Verbündeten Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit Sympathien für Aserbaidschan hegten. Gerade im Zusammenhang mit den Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan werden die Schwächen im Bereich der Verteidigung und äußeren Sicherheit ersichtlich. Allerdings versucht das Bündnis gegenüber Bedrohungen im Inneren – insbesondere durch die Terrormiliz des IS – geeint aufzutreten. Zu diesem Zweck wurde im April (18. – 22.) erstmals eine großangelegte CSTO-Übung „Poisk 2016“ von ca. 1.500 Spezialaufklärern und Nachrichtenoffizieren in Tadschikistan zur Bekämpfung der islamistischen Extremisten durchgeführt. CSTO-Staaten wollen das Ausbreiten der Terrormiliz IS in Zentralasien verhindern. Am 27. Mai wurde von Vertretern der Innenministerien der Abschluss eines Abkommens zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus beschlossen.

Eurasische Wirtschaftsunion

Im wirtschaftlichen Bereich versucht Russland die Interdependenzen in der EAWU unter anderem mit der Absicht zu erweitern, die Staaten Weißrussland, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan stärker an sich zu binden. Dass damit seitens Moskaus wirtschaftliche Interessen vor dem Hintergrund von geopolitischen und geoökonomischen Spannungen mit dem Westen verfolgt werden, wird von den Mitgliedstaaten auch kritisch gewertet. Bei einem Besuch des Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, in den USA im April, bezeichnete dieser die EAWU als eine reine Wirtschaftskooperation und distanzierte sich von einer zu engen politischen Vereinnahmung durch Russland. Dabei bezeichnete Nasarbajew die Eurasische Region als einen „Schlüsselfaktor“ in „geopolitischer und geoökonomischer Hinsicht“ für die „Weltpolitik“. Durch die Schwächung der russischen Wirtschaft in Folge der EU-Sanktionen bekommen auch die anderen EAWU-Staaten die negativen Folgen zu spüren. Um die

EAWU zu stärken, hat Präsident Putin beim jährlichen Wirtschaftstreffen in St. Petersburg am 19. Juni vor Vertretern 600 heimischer und 500 ausländischer Unternehmer aus 60 Staaten eine engere Zusammenarbeit der EAWU und China verkündet. Dabei machte er auch ein Kooperationsangebot an die EU, die durch den Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und Kommissar Günther Oettinger vertreten war.



St. Petersburg International Economic Forum

Ende Juni verkündete die russische Regierung in Absprache mit EAWU-Staaten, ein Freihandelsabkommen mit insgesamt zwölf Staaten abschließen zu wollen. Dazu sollen Ägypten, Israel, Indien, China, Indonesien, der Iran, Kambodscha, Südkorea, Venezuela, Nicaragua, Peru und Chile gehören. Diese Abkommen sollen die von den USA geschaffenen Freihandelszonen kompensieren. Ein Zustandekommen der genannten Freihandelsabkommen ist allerdings fraglich.

EU-Sanktionen

Die im Dezember 2015 gesetzten Erwartungen Moskaus, wonach die EU-Sanktionen in der ersten Jahreshälfte 2016 gegen Russland aufgehoben werden könnten, haben sich nicht erfüllt. Obwohl der Widerstand gegen die Sanktionen auch in der EU wächst, bleibt die Forderung nach Erfüllung des Minsk II-Abkommens die Voraussetzung für die Aufnahme von regulären Wirtschaftsbeziehungen. Gerade diese Forderung wird in Frage gestellt, da auch die ukrainische Regierung keine wesentlichen Fortschritte bei der Implementierung des Abkommens, insbesondere was in diesem Zusammenhang notwendige Gesetzesänderungen anbelangt, erkennen lässt. Der Waffenstillstand im Osten der Ukraine wurde des Öfteren im April und Mai verletzt und eine erneute Eskalation drohte. Regierungstruppen und Separatisten gaben sich gegenseitig die Schuld für die Waffenstillstandsverletzungen. Russland zeigte sich

insofern kooperativ, als dass einem Vorschlag des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zur Bewaffnung von Angehörigen der OSZE-Mission zugestimmt wurde. Insgesamt bleibt die Lage aber angespannt, jedoch hat das Interesse der EU an der Ukraine aufgrund der Migrationskrise sowie der Enttäuschung über die ukrainische Führung im Berichtszeitraum abgenommen. Trotzdem verhält sich die EU loyal und versucht über die Sanktionspolitik weiterhin Druck auf Russland auszuüben, die Unterstützung für die Rebellen aufzugeben.

Vor dem Hintergrund der Krise in der Ukraine wurden seitens der EU bereits am 17. Juni die Sanktionen gegen die Schwarzmeerhalbinsel um weitere zwölf Monate verlängert. Am 21. Juni wurde schließlich auf Botschafterebene die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber Russland bis Jänner 2017 beschlossen. Die Forderungen jener Staaten, die eine Normalisierung der Beziehungen zu Moskau wünschen, werden immer lauter gestellt. Zu dieser Gruppe gehören unter anderem Frankreich, Italien, aber auch Österreich die Nachbarstaaten Ungarn und die Slowakei. Vor allem das Oberhaus des französischen Parlaments bremst einen weiteren Automatismus der Verlängerung der Maßnahmen gegenüber Russland. Bereits am 8. Juni stimmte der französische Senat mit 302 Abgeordneten bei 16 Gegenstimmen für eine schrittweise Lockerung der Sanktionen. In Frankreich, Schweden und im Vereinigten Königreich (UK) müssen die Sanktionen vom Parlament bestätigt werden. Somit erhält der Beschluss des französischen Senats eine durchaus nennenswerte Bedeutung.

Gegen die Sanktionen sprechen sich immer mehr Wirtschaftstreibende aus den EU-Staaten aus. Beim besagten Wirtschaftsgipfel in St. Petersburg im Juni stellte Putin mit einem gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Peking ein Gegenmodell von TTIP vor. Gemäß westlichen Wirtschaftsexperten bietet der aufstrebende asiatische Raum erhebliches Wirtschaftspotential für die Zukunft. Die Verkündung der Idee vom gemeinsamen Wirtschaftsraum der EU, EAWU und China erfolgte unmittelbar vor der Verlängerung der EU-Sanktionen und dürfte mehr bei Unternehmen aus der EU, als bei deren politischen Entscheidungsträgern auf Interesse gestoßen sein. Diese Aussagen sind eindeutig im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage Russlands zu werten. Aufgrund der EU-Sanktionen ist allein die Kapitalflucht aus Russland beträchtlich und betrug 2014 insgesamt 153 und 2015 57 Mrd. US-Dollar. Bis Jahresende 2016 wird mit einem weiteren Verlust von 25 Mrd. US-Dollar gerechnet.

Gänzlich unabsehbar bleiben die Auswirkungen des am 23. Juni beschlossenen BREXIT. Es ist zu befürchten, dass die EU als außenpolitischer Akteur an Macht

verliert und sich dadurch auch die Beziehungen zu Russland mittelfristig ändern werden. Russland könnte versucht sein, mit Stärke gegenüber der geschwächten EU aufzutreten. Vor diesem Hintergrund bleiben die weiteren Maßnahmen der EU in ihrer Russlandpolitik offen.

Militär- und Verteidigungspolitik im Kontext außenpolitischer Prozesse

Kennzeichnend für die außen- und sicherheitspolitischen Prozesse in der ersten Jahreshälfte 2016 war eine Änderung des russischen Vorgehens im syrischen Bürgerkrieg auf der Seite des Regimes von Machthaber Baschar al Assad. Für internationales Aufsehen sorgte Präsident Putin durch die Ankündigung eines teilweisen Truppenabzugs Russlands aus Syrien. Auch wenn die Krise in der Ukraine im Beobachtungszeitraum etwas in den Hintergrund getreten ist, dauert dieser Konflikt unvermindert an. Aber auch russische Manöver sorgen für Unmut auf Seiten der NATO. In gewissen Sinne ist ein Kreis aus Reaktion und Gegenreaktion zwischen der NATO und Russland zu erkennen. Dies wird durch gegenseitige Warnungen und die Rechtfertigung der eigenen militärischen Maßnahmen durch die Aktivitäten der jeweiligen Gegenseite forciert.

Einsatz in Syrien

Am 14. März gab Präsident Putin in einem Gespräch mit dem russischen Verteidigungsminister Schoigu bekannt:

„Ich betrachte die Objekte [Ziele, Amn. d. Verf.], die wir für die Mission in Syrien gesetzt hatten, für zum großen Teil erreicht. Aus diesem Grund befehle ich den Abzug des größten Teils unserer Truppenverbände von dem Territorium der Arabischen Republik Syrien.“

Diese Ankündigung wurde jedoch in den darauf folgenden Wochen durch die Realität relativiert. Weniger kam es zu einem Truppenabzug durch Russland als viel mehr zu einer Restrukturierung. Der Abzug betraf insbesondere Kampfflugzeuge, hingegen wurden die Kampfhubschrauber verstärkt. Die Ankündigung Russlands betreffend einen weitgehenden Abzug aus Syrien lässt sich durch drei Aspekte erklären.

Der erste Aspekt ist die politische Dimension: Zum einen sollte sie ein Signal an Präsident Assad darstellen. Die zu diesem Zeitpunkt laufenden Friedensgespräche in Genf standen in Gefahr, abgebrochen zu werden, da die Gesprächsbereitschaft Assads durch die russische militärische Unterstützung geringer geworden war.

Durch den angekündigten Abzug sollte Assad daran erinnert werden, dass die russische Unterstützung keine Selbstverständlichkeit sei. Zum anderen sollte der Abzug aber auch ein innenpolitisches Signal sein. Indem Putin kompromisslos den Einsatzbefehl verkündete und ebenso entschlossen den Einsatz beendete, sollte auch die eigene Bevölkerung von der Führungs- und Entscheidungsfähigkeit des Präsidenten überzeugt werden.

Der zweite Aspekt hat vor allem einen technischen Hintergrund. Bereits länger war über die hohe Einsatzintensität der russischen Kampfflugzeuge diskutiert worden. Gerade das relativ hohe Betriebsalter mancher Typen führt zu einem hohen Wartungsaufwand. Der medial angekündigte Abzug der russischen Streitkräfte aus Syrien könnte deswegen auch einen wesentlichen technischen Aspekt beinhalten, nämlich um die eingesetzten Kampfflugzeuge warten zu können.



Beschuss eines IS-Kampffahrzeuges durch einen russischen Mi-28N Kampfhubschrauber

Der dritte Aspekt betrifft die gewonnene Einsatzerfahrung. Für die russischen Streitkräfte war der Einsatz in Syrien auch eine willkommene Gelegenheit, Waffensysteme und Personal unter Einsatzbedingungen zu testen. Dieses Ziel wurde erreicht. Ein Mehrwert für die Ausbildung oder die Weiterentwicklung der Waffensysteme war zumindest kurzfristig nicht mehr erkennbar.

Wesentliche Änderungen in der Dislokation von russischen Streitkräften

Im März wurden die russischen Kräfte auf der Luftwaffenbasis Erebuni bei Erewan/Armenien qualitativ verstärkt. Im Februar wurde die Verlegung moderner MIG-29S und Transporthubschrauber Mi-8MT sowie Kampfhubschrauber Mi-24P angekündigt.

Zusätzlich sind in Armenien ein Raketenabwehrsystem S-300 und ca. 4.500 russische Soldaten stationiert.

Diese qualitative Verstärkungen Russlands durch die Verlegung moderner Waffensysteme nach Armenien ist als ein Signal an die Region und insbesondere gegenüber der Türkei und Aserbaidschans zu verstehen. Gerade die Beziehungen gegenüber der Türkei sind durch den Abschuss der russischen SU-24 im vergangenen Herbst weiterhin angespannt. Aber auch gegenüber Aserbaidschan versucht Moskau die Armenier im Konflikt um die Region Nagorni Karabach zu unterstützen.

Wie bereits in der vergangenen Ausgabe angekündigt, verstärkt Russland seine Streitkräfte an der westlichen Grenze. Diese neuen Dislozierungen sollen drei neue Divisionen und eine Panzerarmee umfassen. Ankündigt ist eine Ausstattung dieser Kräfte mit modernsten Waffensystemen wie den Schützenpanzern BMP-4. Aber auch der neue Kampfpanzertyp T-14 „Armata“ soll diesen Einheiten zugewiesen werden.



T-14 Armata Kampfpanzer 2015 bei der traditionellen Siegesparade am Roten Platz

Darüber hinaus ist ein signifikanter Anstieg an Manövern an der europäischen Grenze Russlands zu beobachten. Insbesondere von westlicher Seite wird Russland insbesondere dafür kritisiert, dass diese Manöver zum Teil unangekündigt und in einem erheblichem Umfang stattfinden. Umgekehrt kritisiert Russland die westliche Staatengemeinschaft bzw. die USA für die NATO-Großmanöver, die an der Grenze zu Russland abgehalten werden. Auch manche westliche Politiker wie z.B. der deutsche Außenminister Walter Steinmeier haben vor einer weiteren Eskalationsspirale gewarnt und dabei auch das Vorgehen der NATO kritisiert.

Ausblick

Die russische Außen- und Sicherheitspolitik wird durch wirtschaftliche Rahmenbedingungen eingeschränkt bleiben. Im Mittelpunkt wird die Vertiefung der Kooperationen mit Partnern in Asien stehen. Wesentliches Anliegen wird die Aufhebung der EU-Sanktionen sein. Somit könnte Moskau versuchen, zunächst über bilaterale Aktivitäten eine strukturelle Annäherung herbeizuführen. Aufgrund des bevorstehenden Austritts von UK könnte die EU einer Normalisierung der Beziehung zu Russland eher zu zustimmen. Russland wird weitere Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung in Zentralasien setzen und im Nahen Osten das Regime von Assad unterstützen. Im Bereich der Verteidigungspolitik könnten die Beschlüsse beim NATO-Gipfel in Warschau für die weiteren Entwicklungen entscheidend sein. Falls aus russischer Sicht die NATO über ein tolerierbares Maß hinaus Truppen an der Grenze zu Russland stationieren sollte, würden die Spannungen zwischen USA/NATO und Russland zwangsläufig zunehmen. Dies würde den US-Präsidentenwahlkampf in der zweiten Jahreshälfte 2016 beeinflussen und eventuell zu weiteren Konfrontationen führen.

Der indo-pazifische Raum

Globaler Dschihad: Anstieg des Terrors im südlichen Asien

Eine Reihe von Anschlägen sprechen dafür, dass sich der islamistische Terrorismus auch im südlichen Asien ausbreitet. Bangladesch wurde von einer regelrechten Terrorwelle erfasst. Anhänger des Islamischen Staates und von Al-Kaida ermordeten alleine im April und Mai neun Menschen. Die Opfer haben ganz unterschiedliche Lebensumstände, aber eines gemeinsam: sie sind den Extremisten ein Dorn im Auge. Getroffen hat es einen christlichen Gemüsehändler, einen Uni-Professor oder einen religionskritischen Blogger. Bis vor kurzem unternahmen die Behörden kaum etwas gegen den Terror, nach dem Mord an einer Polizistengattin wurde erstmals eine umfassende Polizeiaktion gestartet, wobei die Opposition den Vorwurf erhob, dass die Regierung wesentlich mehr Oppositionelle als Terrorverdächtige verhaftet habe und mit ihrer Vorgangsweise politisch Andersdenkende mundtot machen wolle.

Im Jänner kam es in der indonesischen Hauptstadt Jakarta zu einem Anschlag nach dem Muster von Paris – bei dem Angriff auf ein belebtes Geschäftsviertel starben zwei Passanten und fünf Angreifer. Der Islamische Staat übernahm die Verantwortung. An sich gilt der in Indonesien gelebte Islam als moderat, aber auch dort gibt es gewaltbereite Extremisten. Das gilt auch für Indien, wo vor einem Besuch des französischen Staatspräsidenten 14 IS-Sympathisanten verhaftet wurden. Indien hat mit rund 172 Millionen Gläubigen die drittgrößte muslimische Bevölkerungsgruppe weltweit. 30 Inder (Stand Jänner) sollen bei Versuchen, sich in vom IS kontrollierte Gebiete zu begeben, abgefangen worden sein. Meistens wurden die indischen Extremisten vom persönlichen Umfeld zur Anzeige gebracht. Ein ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater wies darauf hin, dass das Problem in Indien gering sei, aber vor zehn Jahren überhaupt noch nicht existiert habe. Insofern muss von einer Verschlechterung der Situation gesprochen werden.

In Pakistan wurden im März 73 Menschen bei einem Bombenanschlag in Lahore ermordet. Ziel der Terrorgruppe Jamaat-ul-Ahrar, die mit den Taliban und dem IS vernetzt ist, war eine Osterfeier von Christen. Die Köpfe der Gruppe sollen sich in Afghanistan aufhalten. Der pakistanische Militärgeheimdienst steht seit langem in Verdacht, mit Terrorgruppen zusammenzuarbeiten, um dem Erzrivalen Indien zu schaden.

Indien – Pakistan: wenig Aussicht auf Entspannung

Nach einem Angriff auf die indische Luftwaffenbasis Pathankot im Jänner 2016 erklärte Pakistans Regierungschef Nawaz Sharif, Angehörige der Gruppe Jaish-e-Mohammad seien verhaftet worden. Pakistanische Ermittler nahmen auch am Tatort Untersuchungen vor. Handfeste Ergebnisse dieser Ermittlungen (Gerichtsprozesse o. ä.) gibt es bis jetzt keine.

Die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten wurden durch den Anschlag wieder schlechter. Ein bereits für Jänner vorgesehenes Treffen der Außenminister von Indien, Subrahmanyam Jaishankar, und Pakistan, Aizaz Ahmed Chaudhry, kam erst im April zustande. Die Begegnung erschöpfte sich in gegenseitigen Vorhaltungen, gemeinsame Positionen konnten keine gefunden werden. Wie kompliziert das bilaterale Verhältnis ist, zeigte die Betonung der Kaschmir-Frage durch Pakistan. Bei einem Treffen der beiden Regierungschefs im Vorjahr war der Streit um das geteilte Land in der gemeinsamen Stellungnahme nicht erwähnt worden. Nawaz Sharif brachte diese Unterlassung Kritik daheim ein, die Betonung des Themas beim heurigen Außenministertreffen dürfte die Folge gewesen sein.

Im Frühjahr 2016 ist auch insofern Bewegung in das Verhältnis Indien – Pakistan gekommen, als Indien zwei Raketentests vornahm. Beim ersten wurde eine nuklearfähige ballistische Mittelstreckenrakete für den Einsatz auf U-Booten, die von Indien selbst entwickelte K-4, erprobt. Das dafür geeignete U-Boot, die INS Arihant, steht kurz vor der Indienstellung. Der zweite Test betraf ein Raketenabwehrsystem, mit dem auch nuklear bestückte Raketen abgefangen werden könnten. Pakistan ist deswegen alarmiert, weil es befürchtet, von Indien strategisch überrundet zu werden. Der außenpolitische Berater der pakistanischen Regierung, Sartaj Aziz, sprach in diesem Zusammenhang von einer „nuclearization“ des Indischen Ozeans. Pakistan sei besorgt über die Entwicklung und werde alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um seine Verteidigungsfähigkeiten zu stärken. Dazu gehört auch die geplante Beschaffung neuer taktischer Nuklearwaffen, wodurch der Konflikt mit Indien wieder an Bedrohlichkeit gewinnt.

China: der „enge Freund“ Pakistans

Am Tag nach dem indischen Raketenabwehrtest traf der pakistanische Generalstabschef Raheel Sharif in Peking ein. Ein mit den Verhältnissen vertrauter Pakistani meinte, dass Pakistan sich in schwierigen Zeiten immer an seinen „engen Freund“ China gewandt habe. Nicht

nur Indien dürfte bei dem Besuch Thema gewesen sein. Die USA verweigerten im Frühjahr 2016 Pakistan die Finanzierung von F-16 Kampfflugzeugen, weswegen die Beschaffung von chinesischen Chengdu J-10 eine Alternative ist (wiewohl der pakistanische Verteidigungsminister zuletzt vom Kauf älterer F-16-Modelle aus Jordanien sprach). Möglicherweise stand der Besuch von General Sharif auch in Zusammenhang mit der Errichtung einer chinesischen Marinebasis in Pakistan; das US-Verteidigungsministerium meldete einschlägige Pläne.

Im Gwadar wurde mit chinesischen Finanzen ein Hafen gebaut, der Grund dafür könnte die geplante Nutzung als Marinebasis gewesen sein. China und Pakistan errichten derzeit einen Wirtschaftskorridor von der pakistanischen Küste quer durch das Land nach China. Dessen Ursprünge gehen schon auf die 1960er-Jahre zurück, aktuell ist das Projekt ein wichtiger Bestandteil der chinesischen Seidenstraßen-Initiative („one belt, one road“). Die Idee ist, Güter von Gwadar auf dem Landweg in die chinesische Region Xinjiang zu bringen und damit den langen Seeweg nach China zu verkürzen. Angesichts der geographischen Hürde des Himalaya-Gebirges und der unsicheren Verhältnisse entlang des Korridors erhebt sich die Frage, ob für die Errichtung des Hafens der Wirtschaftsaustausch nicht nachrangig gegenüber marinenstrategischen Erwägungen war.

Die pakistanische Provinz Belutschistan, durch die der Korridor geht, ist Bürgerkriegsgebiet, wodurch der Warentransit mit einem entsprechenden (Kosten-)Risiko verbunden ist. Die Belutschen haben seit 1947 fünf Aufstände gegen die Zentralregierung unternommen, deren Ursache in der behaupteten Benachteiligung der Provinz lag. 2015 hat es 194 Rebellenangriffe gegeben. Das war zwar ein Rückgang um mehr als ein Drittel, trotzdem sind die Sicherheitsvorkehrungen in Gwadar streng. Zu den Methoden der Rebellen gehören auch Morde an Zuwanderern; seit 2006 fielen rund 1.000 Menschen diesem Terror zum Opfer. Zwei Brigaden der pakistanischen Armee sollen nun den Korridor bzw. die Warenlieferungen beschützen.

Für die Marine der Volksbefreiungsarmee wäre Gwadar eine Zwischenstation nach Djibouti, wo China seine erste Marinebasis im Ausland errichtet. Mehrere tausend Soldaten sollen in dem ostafrikanischen Kleinstaat am Horn von Afrika stationiert werden. Der Punkt ist strategisch wichtig, weil er an der Schifffahrtsroute, die Asien über das Rote Meer und das Mittelmeer mit Europa verbindet, liegt. Jährlich kommen rund 1.500 chinesische Schiffe durch dieses Gebiet. Aufgrund häufiger Piratenüberfälle ist die chinesische Marine dort seit 2008 im Einsatz. Die Basis wird die Versorgung der Marineoperationen erleichtern. Möglicherweise soll sie auch einen Stützpunkt für Spezialeinsatzkräfte bilden,

die für die Sicherheit chinesischer Bürger und Einrichtungen in Afrika eingesetzt werden würden.

Chinas enge Verbindung zu Pakistan wurde in Zusammenhang mit dem Pathankot-Anschlag einmal mehr deutlich. Indien beantragte im Sanktionenkomitee der Vereinten Nationen die Einstufung des Chefs von Jaish-e-Mohammad, Masood Azhar, als Terrorist. China stellte sich als einziges Land dagegen und verhinderte damit Maßnahmen gegen Azhar. Jaish-e-Mohammad selbst ist bereits seit 2001 auf der UN-Liste der Terrorgruppen. Eine klare Begründung für die Ablehnung lieferte China zunächst nicht. Bewegung kam in die Angelegenheit, als Indien dem uigurischen Funktionär Dolkun Isa ein Visum ausstellte. Der Aktivist sollte, ebenso wie der Dalai Lama, auf einer Konferenz über die Situation in China sprechen. Peking fahndet nach Isa als „Terrorist“. Er war angeblich in den 1990er-Jahren an Anschlägen in Xinjiang beteiligt und lebt seit 1997 in Deutschland. Die Einreiseerlaubnis soll auf höchster Ebene genehmigt worden sein und war aus Sicht Pekings eine Provokation. Indien zog die Einreiseerlaubnis schließlich wieder zurück, was im Land durchaus auf Kritik stieß. Der Vorwurf an die Regierung lautete, dass sie China gegenüber klein beigetragen habe. In weiterer Folge ließ allerdings China gegenüber Indien durchblicken, dass Peking seine Haltung in Sachen Azhar ändern würde, sollte Neu-Delhi klare Beweise gegen ihn liefern, statt nur Beschuldigungen gegen Pakistan auszusprechen. Peking schlägt in der Frage Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan vor. Indien wiederum möchte China zu mehr Kooperation in Sachen Terrorismus bewegen, indem es die gemeinsame Gefährdung von China, Indien und Pakistan durch diese Bedrohung betont.

Afghanistan: China wichtiger Friedensvermittler

China bereitet in Zusammenhang mit Terrorismus besonders Afghanistan Sorge. Der Kampf der islamistischen Taliban gegen die Regierung in Kabul destabilisiert einen Staat, an dem China in mehrfacher Hinsicht Interesse hat. Pakistan kommt hier ins Spiel, weil die Taliban auch dort aktiv sind – sie setzen sich hauptsächlich aus Paschtunen zusammen, deren Siedlungsgebiet durch die pakistanisch-afghanische Grenze geteilt wird. Afghanistan ist ein wichtiges Zielgebiet der Seidenstraßen-Initiative, die China mit dem Westen der eurasischen Landmasse enger verknüpfen soll. Peking will bis 2017 327 Millionen USD in Afghanistan investieren und unterstützt daher eine Friedenslösung. Aus diesem Grund wurde Ende 2015 eine Taliban-Delegation in Peking empfangen. Durch seine engen Beziehungen zu Pakistan spielt China eine wichtige Rolle im Friedensprozess.

Afghanistans Präsident Ashraf Ghani hat das Engagement Chinas für sein Land begrüßt; die Chinesen würden planvoll und „mit Fokus“ agieren. Hinter diesem Verhalten steckt die Absicht Pekings, in den an China angrenzenden Regionen verstärkt seine Interessen durchzusetzen. China konkurriert mit den USA um die Stellung eines externen Einflussfaktors in Afghanistan. Beobachter meinen, dass China dort auch seine Möglichkeiten zur außenpolitischen Gestaltung austestet. Peking, zu dessen Grundsätzen stets die Nichteinmischung in andere Staaten gehört hat, verfügt noch nicht über die außenpolitische Expertise, wie sie Staaten mit langjähriger Erfahrung in internationalen Beziehungen haben, und arbeitet daher an der Verbesserung seiner Gestaltungsfähigkeiten. Dazu gehört auch internationale Kooperation, wodurch sich in Afghanistan Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit den USA ergeben. Gemeinsam wurden bereits afghanische Diplomaten ausgebildet. Ein Trainingsprogramm für afghanische Soldaten außerhalb des Landes erscheint nicht ganz ausgeschlossen.

China will vor allem den islamistischen Extremismus in Afghanistan eindämmen, um negative Auswirkungen auf die muslimischen Uiguren in Xinjiang hintanzuhalten. Die Autonome Region ist ein Unruheherd, weil sich dort lebende Uiguren gegen ihre Marginalisierung durch zugezogene Han-Chinesen und die antireligiöse Politik Pekings wehren. Teils manifestiert sich dieser Widerstand in Form von islamistischem Terrorismus bzw. Separatismus. Uiguren aus China sollen auch auf Seiten der afghanischen Taliban kämpfen.

Unterstützung der Taliban für die chinesischen Uiguren war schon in der Vergangenheit ein Thema. In den 1990er-Jahren gab es zwar keine diplomatischen Kontakte mit der Taliban-Regierung, Peking ersuchte aber die Führung in Kabul darum, keine gegen China gerichtete Politik von Uiguren zu unterstützen. Gespräche mit den Taliban im März 2016, an denen China beteiligt war, scheiterten an deren Bedingung, dass vor Verhandlungen alle westlichen Truppen das Land verlassen müssten. China selbst will keine Soldaten nach Afghanistan entsenden, hat aber verstärkte Militärhilfe angeboten. Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit, gemeinsame Übungen und Ausbildung lautete das Angebot von Fang Fenghui, einem Mitglied der Zentralen Militärkommission. China könnte auch leichte Waffen, Flugzeugteile und Uniformen liefern.

Südchinesisches Meer: USA und China auf Konfrontationskurs

Der Konflikt um das Südchinesische Meer ist ein konstanter Streitpunkt zwischen China und den USA. China beansprucht nahezu die gesamte Fläche als Hoheitsgebiet und steht damit im Gegensatz zu den internationalen Auffassungen über die freie Schifffahrt und den Ansprüchen der anderen Anrainerstaaten. Seine Gebietsforderungen überlappen sich vor allem mit denen der Philippinen und Vietnams. Die Aussagen aus Washington und Peking dazu lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und diverse Zwischenfälle sorgen dafür, dass eine Entspannung nicht in Sicht ist.

Im Zuge der dritten „freedom of navigation operation“ im Südchinesischen Meer durchfuhr der Raketenzerstörer USS William P. Lawrence im Mai 2016 die Gewässer des Fiery Cross Reef, eine der sieben von China vorgenommenen künstlichen Aufschüttungen im Bereich der Spratly-Inseln. Zwei chinesische Kampfflugzeuge und drei Schiffe der Marine wurden entsandt und forderten das US-Schiff zum Verlassen der Gewässer auf, in denen es sich aus chinesischer Sicht illegal aufhielt. Kurz darauf beschuldigte das Pentagon China, dass zwei chinesische Flugzeuge eine US-Aufklärungsmaschine in internationalen Gewässern auf „unsichere“ Weise über dem Südchinesischen Meer abgefangen haben. Anfang Juni gab es eine ähnliche Situation mit einem chinesischen Kampfflugzeug und einem US-Aufklärungsflugzeug über dem Ostchinesischen Meer.



Raketenzerstörer USS William P. Lawrence

Vorfälle wie die genannten werden von China als Grund angeführt, auf den Spratly-Inseln militärische Einrichtungen zu installieren. Dass China die Inseln des Südchinesischen Meeres (auch) militärisch nutzt, zeichnet sich immer stärker ab. Die USA sprechen von „Militarisierung“, China von Verteidigungsmaßnahmen. Auf Woody Island (Paracelsus-Inseln) sollen Boden-Luft-Raketen stationiert worden sein, im Bereich der Spratly-Inseln gibt es Hinweise auf ein Hochfrequenzradar zur besseren Überwachung der

Region. Die Landung einer Militärmaschine am Fiery Cross Reef wies auf die militärische Bedeutung des Stützpunktes hin, wenn China auch behauptete, es seien lediglich kranke Arbeiter ausgeflogen worden. General Fan Changlong, der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Militärkommission, stattete dem Riff im April 2016 einen Besuch ab – eine deutliche politische Geste.

Chinesische Schiffe entfalten auch eine intensive Überwachungstätigkeit von Schiffen der US-Marine im Ost- und Südchinesischen Meer. Der Flugzeugträgerverband um die USS John C. Stennis, der im März auf einer sechs Monate dauernden Patrouillenfahrt in das Südchinesische Meer einfuhr, wurde ständig von chinesischen Schiffen begleitet. Wenn es auch keinerlei Behinderung des Trägerverbandes gab, so wurde von US-Seite festgestellt, dass sich die US-Marine nicht auf diese Weise verhalten würde. Die John C. Stennis führte gemeinsam mit Japan und Indien die Gefechtsübung „Malabar“ im Philippinischen Meer, südlich von Japan, durch. Im Zuge eines Besuches auf den Philippinen kam US-Verteidigungsminister Ashton Carter mit seinem philippinischen Amtskollegen Voltaire Gazmin an Bord. Gemeinsam mit der Bekanntgabe der Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit mit den Philippinen war das ein klares Signal an China. Die USA werden in erhöhtem Umfang Truppen auf Rotationsbasis auf den Philippinen stationieren. Die Seestreitkräfte beider Staaten wollen auch mehr gemeinsame Patrouillen im Südchinesischen Meer durchführen.

Zwischen China und den Philippinen könnte es zu einem neuen Konflikt kommen. Bei der Scarborough Shoal, einem zwischen den beiden Staaten umstrittenen Riff, wurden von China Vermessungsarbeiten durchgeführt, möglicherweise Vorarbeiten zu neuen Aufschüttungen. Das Riff ist strategisch günstig gelegen. Nach dem Aufbau entsprechender Einrichtungen hätte China die Möglichkeit, das gesamte Südchinesische Meer zu überwachen. Die Nähe zu den Philippinen, ca. 150 Seemeilen, würde auch die militärische Position Chinas gegenüber dem Inselstaat verstärken. China könnte mit Stützpunkten auf den Spratly- und Paracelsus-Inseln sowie der Scarborough Shoal ein strategisches Dreieck zur Kontrolle des Südchinesischen Meeres bilden. Es wird sich weisen, ob Peking eine weitere Belastung des Verhältnisses zu den USA zu riskieren bereit ist. Dennis Blair, der ehemalige Befehlshaber des U.S. Pacific Command, sprach von einer „roten Linie“, die China mit der Errichtung einer Basis auf dem Riff überschreiten könnte. Die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation wäre dann hoch.

Die Sorge um die ungehinderte Schiffspassage in den internationalen Gewässern Asiens hat auch Indien erfasst. Bei einem Besuch von US-Verteidigungsminister

Ashton Carter rückte der Abschluss eines „Logistics Exchange Memorandum of Agreement“ in greifbare Nähe. Dieses Abkommen würde die wechselseitige Nutzung von Basen durch Schiffe und Flugzeuge der Streitkräfte der beiden Parteien gewähren. Die Pläne dafür gibt es schon seit 2004. Indien betreibt traditionell einen an Unabhängigkeit orientierten außenpolitischen Kurs und zögert bis dato, sich durch ein solches Abkommen in ein Naheverhältnis mit den USA zu begeben. Unterschrieben wurde das Abkommen auch beim Besuch von Carter nicht, es wurde aber verlautet, dass es keine inhaltlichen Differenzen mehr gebe. Indien muss also nur mehr die politische Entscheidung über eine solche Partnerschaft mit den USA treffen. In weiterer Folge wollen die USA mit Indien noch Abkommen über sichere Kommunikationsverbindungen und den Austausch von aeronautischen Daten schließen, weil alle drei Abkommen als Grundlage von US-Verteidigungspartnerschaften betrachtet werden. Indien will auch für die Entwicklung seiner Flugzeugträger Technologie aus den USA und ist an einer Zusammenarbeit bei der U-Boot-Bekämpfung bzw. Sicherheit von U-Booten interessiert.



US-Verteidigungsminister Ash Carter mit seinem indischen Amtskollegen Manohar Parrikar am 12. April in New Delhi

Chinas Ambitionen zur Kontrolle über das Südchinesische Meer haben die Annäherung von USA und Vietnam Kontur gewinnen lassen. US-Präsident Barack Obama besuchte im Mai 2016 den ehemaligen Rivalen, gegen den die USA im Vietnam-Krieg eine historische Niederlage erlitten hatten. Das deutlichste Zeichen für den Wandel in den gegenseitigen Beziehungen war die Ankündigung Obamas, das US-Waffenembargo gegenüber Vietnam aufzuheben. Obama bestritt zwar einen Zusammenhang mit Chinas Aufrüstung, er wollte die Haltungsänderung der USA lediglich als Normalisierung der Verhältnisse zwischen den beiden Staaten sehen. Die strategische Bedeutung der Entscheidung ist aber angesichts der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen offensichtlich.

Chinesische Fachleute werten die US-Politik gegenüber Vietnam als Versuch, den Nachbarn Chinas in ihre Einflussosphäre zu ziehen. Im Konflikt um das Südchinesische Meer stärken die USA Vietnam den Rücken. Obama sagte in Hanoi, dass große Staaten keine kleinen drangsalieren sollten – Peking antwortete, dass die Größe eines Staates nicht die einzige Grundlage sein sollte, um zu entscheiden, ob die Position eines Staates gerechtfertigt sei. Im Übrigen trennen Vietnam und die USA nach wie vor große Gegensätze. Vietnam ist ein totalitärer Staat unter Führung der Kommunistischen Partei. Das Ende des Waffenembargos ohne Verbesserung bei den Menschenrechten wurde von Fachleuten kritisiert. Obama wies allerdings darauf hin, dass Waffenlieferungen nur nach Prüfung erfolgen würden. Menschenrechte würden dabei berücksichtigt werden.

Pekings selbstbewusstes Auftreten war auch Thema auf dem G7-Gipfel im Mai 2016 im japanischen Ise-Shima. China wurde zwar nicht explizit genannt, es war aber klar, an wen sich die Passagen zum Thema „maritime Sicherheit“ in der Gipfelerklärung richteten.: *„We reaffirm the importance of states’ making and clarifying their claims based on international law, refraining from unilateral actions which could increase tensions and not using force or coercion in trying to drive their claims, and seeking to settle disputes by peaceful means including through juridical procedures including arbitration. We reaffirm the importance of strengthening maritime safety and security, in particular the fight against piracy, through international and regional cooperation.“*

Die Antwort aus Peking fiel sehr deutlich aus. China sei „extrem unzufrieden“ mit dem Ergebnis der Konferenz. Aus seiner Sicht haben die G7 nichts mit dem Konflikt um das Südchinesische Meer zu schaffen. China wehrt sich gegen jegliche Form von Internationalisierung des Streites. Mit seiner Stellungnahme sollten auch die europäischen G7-Staaten, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien gewarnt werden, China zu provozieren. Der Souveränitätsstreit betrifft die europäischen Staaten nur indirekt, es bestehen aber auch hier Sorgen um Einschränkungen der freien Schifffahrt. Der britische Botschafter auf den Philippinen stellte daher fest, dass die Durchfahrt bzw. der Überflug von internationalen Gewässern keinesfalls beschränkt werden dürfen.

Nordkorea: mehr Nuklearwaffen, stärkere Isolation

Nordkorea betreibt ungeachtet aller internationalen Sanktionen sein Nuklearprogramm weiter. Im Jänner 2016 führte es einen Nuklearversuch durch, im Februar wurde, gegen entsprechende Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, eine Langstreckenrakete gestartet. Es

folgten vier erfolglose Tests von Musudan-Mittelstreckenraketen, geeignet, Japan und Südkorea zu treffen, möglicherweise auch die US-Pazifikbasis Guam. Unmittelbare Folge war die Einleitung von Abwehrmaßnahmen in Südkorea. Die USA und Südkorea nahmen Gespräche über die Aufstellung des Raketenabwehrsystems Terminal High-Altitude Air Defence (THAAD) in Südkorea auf. Das Vorhaben ist politisch brisant, weil China dem Vorhaben strikt ablehnend gegenübersteht. Peking befürchtet eine Schwächung seiner eigenen Raketenkräfte durch das moderne US-System, dessen Reichweite über Nordkorea hinausgeht.



Terminal High-Altitude Air Defence (THAAD)

Militärische Aufrüstung ist in Asien (und Ozeanien) ein genereller Trend. Nach Angaben des „Stockholm International Peace Research Institute“ (SIPRI) ist es die Weltregion mit dem höchsten Anstieg an Rüstungsausgaben im Jahr 2015: 5,4 Prozent. Fast die Hälfte der Aufwendungen fiel auf China. Die chinesische Aufrüstung hat Auswirkungen auf die anderen Staaten. Auf den Philippinen betrug die Steigerung 2015 25 Prozent, in Indonesien wurden um 16 Prozent mehr ausgegeben. In Vietnam betrug die Steigerung 7,6 Prozent. Wie die Philippinen ist Vietnam

Kontrahent Chinas im Souveränitätsstreit um das Südchinesische Meer. Beide wollen für den Fall einer militärischen Auseinandersetzung mit dem großen Nachbarn gewappnet sein.

Die USA zeigten sich unbeeindruckt vom Protest Chinas gegen THAAD. US-Verteidigungsminister Ashton Carter sagte, die Aufstellung werde stattfinden, sie sei notwendig. THAAD sei nicht gegen China gerichtet, Peking sollte lieber gemeinsam mit den USA und anderen Staaten auf Nordkorea einwirken, um es zur Beendigung seines Nuklearprogrammes zu bewegen. Carter räumte allerdings die Schwierigkeiten im Umgang mit Nordkorea ein.

Peking hat sich angesichts der fortgesetzten Verstöße Nordkoreas gegen Sicherheitsratsresolutionen zur Unterstützung einer neuen Resolution, 2270 vom 2. März 2016, bereitgefunden, die eine Verschärfung der bisherigen Maßnahmen vorsieht. So muss künftig der gesamte Warenverkehr von und nach Nordkorea inspiziert werden. Flugtreibstoff darf nicht mehr an Nordkorea verkauft werden, um eine Verwendung für Raketen zu verhindern. Die Möglichkeiten Nordkoreas zur Abwicklung von Finanztransaktionen wurden weiter eingeschränkt. Ableger nordkoreanischer Banken dürfen im Ausland nicht mehr errichtet werden, Banken in den UN-Mitgliedsstaaten keine Geschäftsverbindungen mehr nach Nordkorea einrichten. Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten von bestimmten Personen bzw. Einrichtungen wurden ebenfalls verfügt. Schiffe bzw. Besatzungen dürfen nicht mehr in den Dienst von Nordkorea gestellt werden.

Peking gibt nach wie vor einer Verhandlungslösung den Vorzug, dürfte aber zunehmend zur Erkenntnis gelangt sein, dass auf diese Weise kein Fortschritt zu erzielen ist. Hauptinteresse Chinas ist, dass Nordkorea stabil bleibt. Das unnachgiebige Verhalten des nordkoreanischen Führers Kim Jong-un wird aber auch für Peking immer mehr zum Problem. Chinas Zustimmung zu neuen Sanktionen dürfte auf die Absicht zurückzuführen sein, Pjöngjang nicht weiter freie Hand bei der Gestaltung seiner Sicherheitspolitik zu lassen.

Von der einst vielbeschworenen Freundschaft der beiden Staaten ist nur mehr wenig zu bemerken. Beobachter stellen in Nordkorea eine deutlich an den Tag gelegte Animosität gegen China fest. Kim Jong-un dürfte befürchten, letztlich zwischen USA und China aufgerieben zu werden. Peking verfißt offensiv seine Interessen im Ost- und Südchinesischen Meer und könnte daher zu Nordkorea weiter auf Distanz gehen, um mehr Spielraum in den anderen Konflikten zu gewinnen.

Eine ganze Reihe von Handelsverboten Chinas für Nordkorea weist auf die Bereitschaft Pekings, mehr Druck auszuüben, hin. Gold, Seltene Erden und

Eisenerz werden nicht mehr aus Nordkorea eingeführt. Über Flugtreibstoff wurde ein Exportverbot verhängt (außer für humanitäre Zwecke). Weiters wurde eine Reihe von Dual-Use-Gütern, die nach chinesischen Angaben für die Entwicklung von ABC-Waffen verwendet werden können, mit einem Ausfuhrverbot belegt.

Laut einem aktuellen Bericht des „Institute for Science and International Security“ haben Sanktionen Nordkorea bislang nicht von der Entwicklung von Atomwaffen abhalten können. Seit 2015 soll es vier bis sechs Nuklearsprengkörper zu seinem Arsenal hinzugefügt haben. Das Institut schätzt die Gesamtzahl zwischen 13 und 21, möglicherweise sogar mehr. Auch das US-Außenministerium sieht eine ungebremschte Fortführung des Programms. Das Wesentliche an den neuen Erkenntnissen ist nicht die Aufdeckung des Umstandes, dass Nordkorea Atomwaffen entwickelt, sondern die Feststellung, wie groß der Fortschritt dabei ist (soweit dies von außen möglich ist).

Aus seinen Absichten macht Kim Jon-un gar keinen Hehl. Am Parteitag der Koreanischen Arbeiterpartei, der Staatspartei Nordkoreas, bekannte er sich zur nuklearen Aufrüstung. Es war der erste Parteitag seit 36 Jahren, bedeutende Ankündigungen gab es trotzdem keine. Wer auf die Verkündung von Reformen gehofft hatte, wurde enttäuscht. Der Umstand, dass Kim zum Parteivorsitzenden ernannt wurde – bislang war er Erster Parteisekretär –, weist auf die gefestigte Machtposition des Diktators hin. Die Macht der Familie wurde ausgebaut, seine Schwester Kim Yo-jong gehört nun dem Zentralkomitee der Partei an. Mit welcher Vorsicht Aussagen über interne Vorgänge in Nordkorea zu bewerten sind, zeigte der Fall des ehemaligen Generalstabschefs Ri Yong-gil. Aus Südkorea wurde dessen Hinrichtung gemeldet, einige Zeit später tauchte er als neues Mitglied der Zentralen Militärkommission wieder auf.

Die USA erhöhten den Druck auf Pjöngjang auch durch eine nationale Maßnahme. Nordkorea wurde als Staat eingestuft, der Geldwäsche der höchsten Kategorie betreibt. Damit sollen die Möglichkeiten zur Abwicklung von nordkoreanischen Finanztransaktionen weiter eingeschränkt werden. Banken aus Drittstaaten wird die Verwendung von US-Bankkonten für Geschäfte im Auftrag Nordkoreas verboten. US-Banken werden damit gezwungen, ihre Geschäftsbeziehungen genauer zu überprüfen. Das hat Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen China und den USA, weil die US-Maßnahmen chinesische Institute treffen könnten. Peking hat sich auch ablehnend gegenüber solchen „unilateralen Sanktionen“ gezeigt.

Afrika südlich der Sahara:

Für den „normalen“ Konsumenten von Nachrichten taucht Afrika kaum in den Medien auf, sieht man einmal von Nordafrika und der Flüchtlingskrise im Mittelmeer sowie gelegentlichen Meldungen über Anschläge von bzw. Kämpfen mit der Boko Haram ab. Ist Afrika weiter der „vergessene Kontinent“?

Spielplatz der Supermächte

„The superpowers' playground“, so betitelte der Economist einen Bericht über Djibouti (9.4.2016). Das kleine (23,200 km²) ehemalige Französisch-Somaliland mit ca. 850.000 Einwohnern ist ein Hort der Stabilität am Horn von Afrika – und Stützpunkt nicht nur für die französische Fremdenlegion, sondern auch die einzige permanente US-Basis in Afrika (Camp Lemonnier, ca. 4.500 Mann und Zentrum u.a. für Drohnen). Hier befindet sich der einzige japanische Stützpunkt im Ausland, während China – neben sonstigen Investitionen – seine erste überseeische Basis ebenfalls in Djibouti errichtet. Durch die Entwicklungen einerseits in Somalia während des letzten Vierteljahrhunderts, andererseits – und damit teilweise zusammenhängend – die internationalen Operationen gegen Piraten am Horn von Afrika sowie gegen islamistische Terroristen im afrikanisch-arabischen Raum hat sich die Bedeutung Djiboutis noch erhöht. Der „Spielplatz der Supermächte“ mag aber auch symbolisch für die Rolle Afrikas in der Welt stehen. Wegen seiner Rohstoffe bleibt der Kontinent bedeutsam, und China und die USA, daneben aber auch Russland sowie die europäischen Staaten, sind präsen- te „Player“ – wenngleich unterschiedlicher Intensität. Allerdings bleibt die Sicherheitslage in vielen afrikanischen Staaten prekär. Afrika ist daher weiterhin – wie schon in der letzten „Strategischen Lage“ detailliert aufgelistet – wichtigster Einsatzraum für Friedensoperationen der Vereinten Nationen und anderer Organisationen.

Dürren und Flüchtlinge

Teilweise in Zusammenhang mit dem Wetterphänomen „El Niño“ (der Name rührt daher, dass peruanische Fischer zur Weihnachtszeit – daher „El Niño“ = das [Christus-] Kind – am Ausbleiben der Fischeschwärme durch die geänderten Meeresströmungen litten) erleben zahlreiche afrikanische Länder seit zwei Jahren eine schlimme Dürreperiode. Till Wahnbaeck, Generalsekretär der deutschen „Welthungerhilfe“, sprach in diesem Zusammenhang von „einer ständigen Abfolge immer schwerer werdender Trockenperioden: [...] Verstärkt durch die Erderwärmung wütet der El

Niño schlimmer wie nie. Zwei Jahre lang fiel kein einziger Tropfen Regen in Äthiopien.“ (FAZ, 25.4.2016).

Die Dürre ist – neben den gewaltsamen Konflikten – auch einer der Gründe für die massive Zunahme der Migration in vielen afrikanischen Ländern. Dazu kommt das enorme Bevölkerungswachstum – man erwartet, dass sich die Bevölkerung Afrikas südlich der Sahara bis 2050 verdoppeln, bis 2100 vervierfachen wird. So problematisch alle derartigen Prognosen sind, so ist doch klar, dass dies auch zur verstärkten Migration innerhalb Afrikas selbst, aber auch – und vor allem – nach Europa führen wird.

Terror und Anschläge

Diese Instabilität begünstigt auch die Bildung von Terror-Zellen, die teilweise mit dem IS sympathisieren oder sogar – wie die „Boko Haram“ in Nigeria und den Nachbarstaaten – formal ihre Zugehörigkeit zum IS erklärt haben. So wenig man diese „IS“-Zusammenhänge überschätzen sollte, so sehr ist doch klar, dass die in den letzten Jahren noch verstärkten wirtschaftlichen und sozialen Probleme und die Aussichtlosigkeit viele, vor allem junge Afrikaner dazu treiben, sich radikalen Gruppierungen anzuschließen. Tatsächlich kam es in mehreren afrikanischen Staaten zu terroristischen Anschlägen. Am bekanntesten ist sicherlich die Terror-Gruppierung der „Boko Haram“ in Nigeria und den Nachbarstaaten – hier dürfte es den nigerianischen und verbündeten Streitkräften tatsächlich gelungen sein, die Terroristen wirksamer als zuvor zu bekämpfen und Hunderte Geiseln – darunter viele Mädchen und junge Frauen – zu befreien. Dennoch kam es – vor allem im Jänner und Februar – zu einigen Selbstmordanschlägen. Wir immer in derartigen Fällen ist davon auszugehen, dass es auch weiterhin zu Anschlägen kommen kann.

Die – ebenfalls islamistische – Terrorgruppe „Al Shabaab“ verübte mehrere Anschläge vor allem gegen Hotels in Mogadishu (14.1., 15.1., 1.6 und 25. 6.), die jeweils 20 bis 40 Tote und zahlreiche Verletzte forderten. Zu ähnlichen Attacken kam es in Burkina Faso (16.1. Anschlag mit Geiselnahme auf ein Hotel) und Côte d'Ivoire (13.3. auf den Strand und Hotels in Grand-Bassam). Am 2.2.2016 versuchte ein Attentäter, der in einem Rollstuhl die Sicherheitschecks umgehen konnte, einen Airbus A321 der Daallo Airlines (Flug 159) zum Absturz zu bringen, doch konnten die Piloten das beschädigte Flugzeug sicher in Mogadishu landen. (Eigentliches Ziel war eine Maschine der Turkish Airlines gewesen, doch war dieser Flug ausgefallen und die Passagiere auf Daallo umgebucht worden.)

Konflikte und Öl

Nicht nur in diesem Fall zeigten sich Zusammenhänge zwischen dem afrikanischen und dem arabischen bzw. nah-/mittelöstlichen Raum. Auffallend war im Jänner 2016 die Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen des Sudan zum Iran – eine Folge der Rivalität zwischen dem Iran und Saudi-Arabien in der Region. Der Sudan hatte schon 2014 mit der Umorientierung Richtung Saudi-Arabien begonnen; damit in Zusammenhang steht auch die Beteiligung sudanesischer Truppen an den Kämpfen gegen die Houthis im Jemen.

Im Südsudan wie auch in zahlreichen anderen afrikanischen Staaten dauern die internen Kämpfe (oft mit direkter oder indirekter Beteiligung der Nachbarstaaten) an. Bemerkenswert war die Ankündigung des süd-sudanesischen Informationsministers Michael Makuei Ende Juni, wegen der angespannten wirtschaftlichen Lage auf die Feiern zum fünften Jahrestag der Unabhängigkeit (9.7.2011) verzichten zu wollen: „We don't want to spend that much [...] We need to spend the little that we have on other issues.“ Die Ölindustrie des Landes litt unter den weltweiten fallenden Preisen und die Inflationsrate wird inzwischen mit 300 Prozent angegeben.

Die sinkenden Ölpreise beeinträchtigten auch die Wirtschaften in Nigeria (seit 2014 vor Südafrika die stärkste Wirtschaftsmacht Afrikas) und Angola, die beide erheblich vom Erdölexport abhängig sind.

War die Überfischung der Gewässer vor der somalischen Küste einer der Hauptgründe für das Phänomen der Piraterie in dieser Region, so verschoben sich die ausländischen (vor allem chinesischen und japanischen, aber auch europäischen) illegalen Fangtätigkeiten inzwischen nach Westafrika. Neben der ökologischen Folgen der Überfischung droht die Fischereiwirtschaft in der Region zusammenzubrechen – laut dem Londoner Overseas Development Institute (ODI) sind vor allem Ghana, Liberia und Mauretanien betroffen. Ein Fischer aus Sierra Leone meinte in einem Interview sogar, dass es während des Bürgerkriegs besser gewesen wäre: „At least then the foreign fishing vessels fled from here and we had lots of fish.“ Außer Südafrika verfügt keiner der afrikanischen Staaten über eine Marine, die stark genug ist, dem Einhalt zu gebieten.

Die Republik Südafrika

Die Republik Südafrika galt lange als „Erster-Welt-Staat“ in Afrika, doch entwickelte sich die Wirtschaft auch 2016 wenig positiv. Die jährliche Wachstumsrate fiel von 1,4% (2014) auf 1,3% (2015) und wird für 2016 um 1% erwartet. Die Inflation stieg auf bis zu 6,5% (das Maximum war Anfang 2016 mit 7%), und der

Wechselkurs des Rand zum Euro fiel auf 16,5 Rand für einen Euro – vor zehn Jahren, 2006, hatte das Verhältnis 8:1 betragen! Nach der Absetzung des Finanzministers Nhlanhla Musa Nene durch den Präsidenten, Jacob Zuma, am 9. Dezember 2015 (in Südafrika als „9/12“ bezeichnet), fielen die Kurse deutlich.

Die demographische Lage ist geprägt von der schnell wachsenden Bevölkerung (rund die Hälfte der schwarzen Bevölkerung ist 24 Jahre oder jünger) und der hohen Arbeitslosigkeit. Diese liegt für die erwerbsfähige Bevölkerungsgruppe bei ca. 40%: nach amtlichen Angaben sind 36,9% der 15- bis 34-jährigen ohne Arbeit, nach Angaben der Weltbank sogar 52%. Der amtliche Wert, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, stieg von 2003 bis 2015 von 24% auf 26,4%. (Diese und die folgenden Angaben folgen dem Jahresbericht des ehemaligen Direktors des Africa Institute, Dr. Erich Leistner). Damit sieht sich Südafrika vor ähnlichen Herausforderungen wie viele andere afrikanische Staaten. Die „born free“-Generation, d.h. jene Südafrikaner, die nach dem Ende der Apartheid und dem Regierungswechsel 1994 geboren wurden, sieht – anders als die Generation des „struggle“, des Kampfes gegen die rassische Diskriminierung – die wirtschaftliche, aber auch die politische Lage kritischer und beklagt fehlende Chancen und das Weiterwirken „kolonialer“ Strukturen.

Regulatorische Vorgaben behindern die Wirtschaft, während sich im Schulwesen und der Lehrerbildung seit 1994 Vieles verschlechtert hat, trotz eines Budgetanteils von ca. 8% (2010) für das Schul- und Bildungswesen. Dafür verantwortlich sind nicht zuletzt die negative Einstellung des Präsidenten Jacob Zuma, der „clever blacks“ als Gefahr sieht, und die Politik der Lehrgewerkschaft SADTU (SA Democratic Teachers' Union).

Eine Folge waren teilweise gewaltsame Schüler- und Studentenproteste (in den letzten Monaten betrug der dabei angerichtete Schaden ca. 150 Mio Rand), aber auch die weiter wachsende Unterstützung für die radikal-populistischen „Economic Freedom Fighters“ (EFF) unter dem ehemaligen Führer des Jugendverbandes der herrschenden Partei ANC („African National Congress“), Julius Sello Malema – bei den nationalen Wahlen 2014 erhielten die EFF landesweit zwar nur 6,35 % der Stimmen, sind aber in zwei der neun Provinzen zweitstärkste Partei und damit „offizielle Opposition“. Bei Zusammenstößen in Tembisa bei Pretoria wurden im April und Mai zwei EFF-Aktivisten getötet.

Zwar erreichte der ANC bei den landesweiten Wahlen am 7. Mai 2014 wieder eine absolute Mehrheit (62% – die „Democratic Alliance“ wurde mit ca. 22% zweitstärkste Partei), doch wird für die – alle fünf Jahre

abgehaltenen – Regional- und Gemeindewahlen am 3. August eine weitere Verschiebung erwartet.

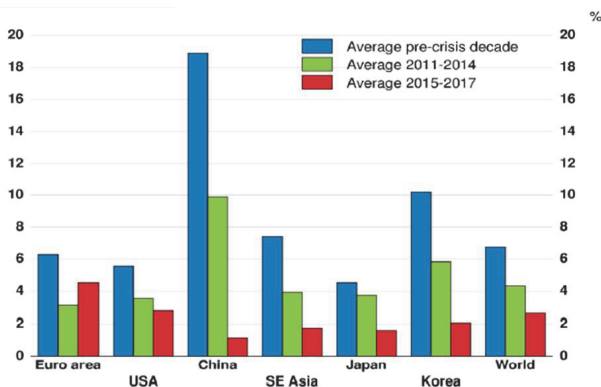
Laut dem SA Institute for Security Studies nahmen gewaltsame Zwischenfälle in den letzten fünf Jahren um 260% zu. Klagen über mangelndes Eingreifen der Polizei und fehlende Dienstleistungen führten 2015 zu insgesamt 14.700 Demonstrationen. Der Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen zeigt sich auch in fremdenfeindlichen Übergriffen – da die Wirtschaftslage in Südafrika immer noch besser ist als in den meisten anderen afrikanischen Staaten, bleibt das Land Ziel von Hunderttausenden, wenn nicht Millionen Afrikanern.

Im März 2016 warf der Oberste Gerichtshof dem Präsidenten Jacob Zuma Verfassungsbruch (im Zusammenhang mit Korruptions- und Unterschlagungsvorwürfen beim Bau seines Anwesens Nkandla) vor, und auch in seiner Partei, dem seit 1994 herrschenden ANC, mehrte sich die Kritik am Präsidenten. Laut „Afrobarometer“ sank die Zustimmung für Zuma von 64% (2011) auf 36% (2015); selbst 45% der ANC-Mitglieder äußerten Kritik.

Aber es gibt auch positive Anzeichen: Eine Umfrage des SA Institute of Race Relations (SAIRR) ergab, dass 76% der Befragten glauben, dass sich das Verhältnis zwischen den Volksgruppen seit 1994 deutlich verbessert hat. Der Anteil der schwarzen Mittelklasse wird inzwischen auf 10-12% der Bevölkerung geschätzt.

Begrenztes Wachstum, Divergenzen und Risiken. Schwierige Entwicklung der globalen Ökonomie

Auch sieben Jahre nach der globalen Finanzkrise erholt sich die Weltwirtschaft weiterhin nur langsam und das vorhandene Potential für die weitere Wirtschaftsentwicklung kann nicht entsprechend genutzt werden. Statt der langjährigen statistischen Wachstumsrate von etwa 3,6 Prozent hat sich das globale Wirtschaftswachstum eingebremst und wird nach den Berechnungen der Weltbank 2016 nur 2,4 Prozent betragen. Damit verharrt es auf dem Niveau der letzten Jahre. Anfang des Jahres war noch von über 3 Prozent ausgegangen worden. Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht hingegen von einem 3,2 prozentigem Wachstum, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) von immerhin 3,0 Prozent aus. Die Weltbank sieht die globale Wirtschaft weiter deutlichen Risiken ausgesetzt, darunter neben geopolitischen Risiken einer weiteren Abschwächung des Wachstums in den großen Schwellenländern, Veränderungen in der Finanzmarktstimmung, Stagnation in den Industriestaaten, einer langfristigen Periode niedriger Rohstoffpreise und der Sorge um die Wirksamkeit der Geldpolitik als potentiell Wachstumsmotor.



Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten des globalen Handels

Die Industriestaaten werden dabei voraussichtlich um 1,7 Prozent wachsen. Auf Grund der schwachen Wachstumsaussichten und erhöhter politischer Unsicherheiten erfolgen Investitionen noch immer zögerlich. Gleichzeitig verlangsamt sich auch das Exportwachstum wegen der gedämpften Auslandsnachfrage. Trotz positiver Auswirkungen niedriger Energiepreise und einer kontinuierlichen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt ist keine weitere Steigerung der Wachstumsraten in Sicht. Der Euroraum wird moderat wachsen, wobei die niedrigen Treibstoffkosten die Binnennachfrage stärken.

Das Wachstum der Schwellen- und Entwicklungsländer hat sich 2016 auf 3,5 Prozent verlangsamt. Der Grund dafür liegt vor allem bei den rohstoffexportierenden Ländern, zum Teil auch verschärft durch innenpolitische Probleme und schwache Kapitalzuflüsse. Auch wenn die Wirtschaft in einigen rohstoffimportierenden Schwellen- und Entwicklungsländern in den letzten drei Jahren kontinuierlich gewachsen ist, haben sich die Wachstumsaussichten in den Schwellen- und Entwicklungsländern generell verlangsamt und können derzeit nicht die Einkommensunterschiede zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften aufholen. Problematisch ist überdies, dass zuletzt ein rascher Anstieg der Privatverschuldung in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern zu beobachten war.

Auch 2016 bleibt das globale Wirtschaftswachstum schwach. Die Erholung ist in den wichtigsten Industrienationen ins Stocken geraten. Weitere Einbrüche bei den Rohstoffpreisen verschlechtern insbesondere die Aussichten für die rohstoffexportierenden Schwellen- und Entwicklungsländer. Nur die rohstoffimportierenden Schwellen- und Entwicklungsländer zeigen eine größere Belastbarkeit und ein stetiges Wachstum.

Als Risiken für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft sieht der IWF eine Verlangsamung des Wachstums und einen Vermögenspreisverfall in den Industriestaaten. Dies könnte zu einer dauerhaften Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklungen und einer lang anhaltenden, zu niedrigen Inflation führen. In den Schwellenländern könnten insbesondere zusätzliche Wechselkursabwertungen Unternehmensbilanzen weiter verschlechtern und ein starker Rückgang der Kapitalzuflüsse könnte zu einem schnellen Nachlassen der Inlandsnachfrage führen. Eine lang anhaltende Periode der niedrigen Ölpreise könnte wiederum Erdöl exportierende Länder destabilisieren. Einige dieser Länder haben bereits massive Ausgabenkürzungen vornehmen müssen. Ein besonderes Risiko stellt für den IWF eine potentiell schnellere Einbremsung der chinesischen Wirtschaftsentwicklung in China dar, da dies starke internationale Ausstrahlungseffekte haben könnte.

Industriestaaten

Trotz positiver Auswirkungen der niedrigeren Ölpreise auf die Realeinkommen und Verbesserungen

der Arbeitsmarktbedingungen haben sich die Aussichten für die wichtigsten Industriestaaten zuletzt verschlechtert. Das Wachstum wird vermutlich auch mittelfristig nicht weiter steigern, sondern sich ab 2016 zwischen 1,5 und 2 Prozent stabilisieren. Damit können sie auch nur begrenzt zu globalem Wachstum beitragen. Steigende bzw. hohe Staatsverschuldung und Leitzinsen bei oder in der Nähe von Null verringern die Möglichkeiten und Wirksamkeit antizyklischer Maßnahmen. Dadurch sind diese Volkswirtschaften anfälliger für interne und externe Risiken.

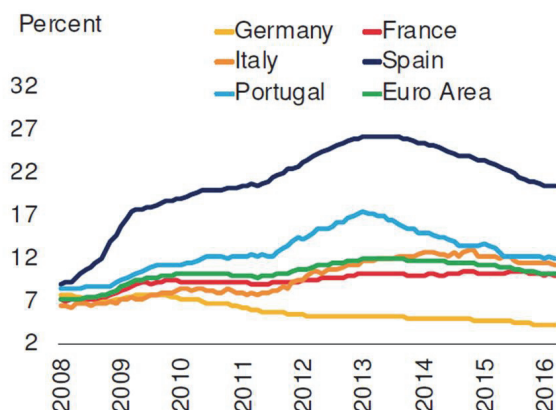
Die niedrigen Ölpreise haben in den USA zu einem Zusammenbruch der Investitionen im Energiesektor geführt. Gleichzeitig haben der starke Dollar und die geringere Nachfrage aus den Schwellenländern zu geringeren Exporten geführt. Dadurch wurde die in den letzten Jahren gegenüber Europa deutlich bessere Wirtschaftsentwicklung eingebremst, verbleibt aber mit knapp 2 Prozent dennoch auch weiterhin und absehbar besser als die europäische.

Geldpolitik der EZB

Da das Wachstum sinkt und die Inflation dauerhaft unter dem von der Europäischen Zentralbank (EZB) festgelegten Inflationsziel von 2 Prozent verbleibt, ergreift die EZB weitere umstrittene geldpolitische Maßnahmen. Mit dem „Corporate Sector Purchase Programme“ (CSPP) werden von der EZB nunmehr Unternehmensanleihen aus der Eurozone gekauft. Das Programm der EZB läuft vorerst bis Frühjahr 2017 und ist mit etwa 1,75 Billionen Euro begrenzt. Diese Maßnahme ist jedoch – wie auch alle bisherigen der EZB – heftig umstritten. Vor allem werden durch den Kauf von Firmenanleihen deutliche Marktverwerfungen befürchtet. Real werden von Experten vorerst jedoch „nur“ Käufe in der Größenordnung von zwei bis drei Mrd. Euro pro Monat erwartet. Kritiker erwarten eine Senkung der über konservative Anleihen zu erzielenden Zinsen und einen damit einhergehenden Druck auf Privatanleger auf Anleihen mit schlechter Bonität auszuweichen. Für Anleger ist es derzeit bereits sehr schwierig, Anlagen mit brauchbarer Rendite und absehbarem Risiko zu finden. Am Markt ist bereits ein entsprechender Rückgang der Renditen erkennbar.

Die Erholung des Euroraumes verläuft weiterhin langsam und auf eher niedrigem Niveau. Letztere verläuft wesentlich langsamer als in anderen Industriestaaten nach vergleichbaren systemischen Banken Krisen. Jedenfalls ist zu erwarten, dass die Wirtschaft 2016 und in den folgenden Jahren mit etwa 1,5 Prozent wachsen wird. Dabei sind jedoch

signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern wahrnehmbar. Spanien entwickelt sich beispielsweise gemäß OECD das zweite Jahr in Folge deutlich über Durchschnitt, während Italien und Frankreich darunter verbleiben. Zuletzt war im Euroraum zwar das Exportwachstum zurückgegangen, wurde jedoch durch eine leicht steigende Binnennachfrage ausgeglichen. Auch die Arbeitslosigkeit ist rückläufig und das Verbrauchervertrauen steigt weiter. Ein prozentuell hohes Maß an notleidenden Krediten (ca. 7 Prozent im Vergleich zu etwa 2 Prozent in den USA) führt weiterhin in einzelnen Ländern vor allem an der südlichen Peripherie zu hohen Kreditkosten. Trotz außerordentlicher geldpolitischer Maßnahmen der EZB mussten die Inflationsprognosen zuletzt weiter herabgestuft werden. Im Frühjahr dieses Jahres kam es vielmehr im Euroraum zu einer Deflation. Die Arbeitslosenzahlen gehen zwar weiterhin in den meisten europäischen Staaten zurück, sind aber in Griechenland, Spanien (jeweils über 20 Prozent), Portugal, Italien und Frankreich (jeweils über 10 Prozent) noch immer sehr hoch und weit über den 2006er Zahlen.



Arbeitslosenrate in ausgesuchten europäischen Staaten

Die schweren Terroranschläge in Paris und Brüssel Ende 2015 bzw. Anfang 2016 sollten vorerst keine volkswirtschaftlichen Auswirkungen haben. Untersuchungen vergleichbarer Ereignisse durch die Weltbank haben gezeigt, dass isolierte Ereignisse keine dauerhaften wirtschaftlichen Auswirkungen haben. Erst eine dauerhafte Bedrohung könnte das Vertrauen und damit die ohnehin schwache Wirtschaftserholung in Europa schwächen.

Japan schwankt weiterhin zwischen Perioden moderaten Wachstums und eines Abschwungs. Der private Konsum bleibt schwach und auch die Exporte sind durch die schwache Auslandsnachfrage gedämpft. Auch die zuletzt durchgeführte Abwertung des Yen hat diesbezüglich zu keiner Erholung geführt. Zentrales

Problem Japans bleibt natürlich die schrumpfende und alternde Erwerbsbevölkerung.

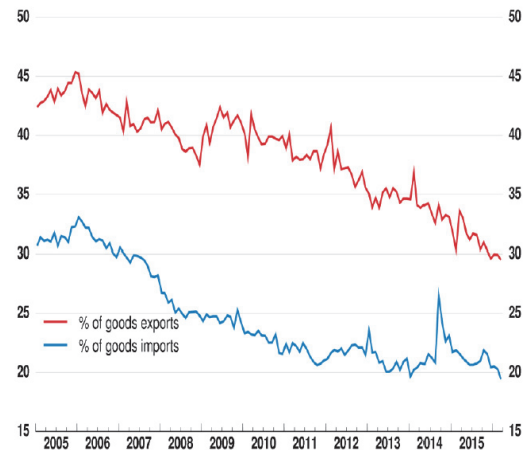
Österreichische Wirtschaftsentwicklung

2015 ist die österreichische Wirtschaft laut dem Institut für Höhere Studien (IHS) um nur 0,9 Prozent gewachsen, 2016 sollten es immerhin 1,5 Prozent sein. Während der Export zuletzt zurückgegangen ist, konnte der private und öffentliche Konsum zulegen. Auf privater Seite wirkt sich dabei die Steuerreform positiv aus. Für 2017 erwartet das IHS ebenfalls ein Wachstum von 1,5 Prozent. Österreich kann somit bei den Wachstumsraten wieder an den Euroraum anschließen. Die Arbeitslosenquote steigt jedoch als eines der ganz wenigen Länder in Europa weiter. Laut Eurostat-Definition war sie zuletzt auf 6,0 Prozent angewachsen. 2017 sind 6,2 Prozent zu erwarten. Das österreichische Wachstum ist weiterhin zu schwach, um für eine positive Belebung des Arbeitsmarktes sorgen zu können.

Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer

Hauptverantwortlich für die schwache Entwicklung der Weltwirtschaft sind die rohstoffexportierenden Schwellen- und Entwicklungsländer. Diese Staaten kämpfen mit den Auswirkungen der massiven Senkung von Öl- und anderen wichtigen Rohstoffpreisen. Das Wachstum in diesen Volkswirtschaften wird 2016 bei mageren 0,4 Prozent liegen. Die rohstoffimportierenden Schwellen- und Entwicklungsländer profitieren hingegen zumindest teilweise von den günstigeren Rohstoffpreisen und werden 2016 um vermutlich 5,8 Prozent wachsen. Damit können sie den Wert der letzten Jahre (2013-2015) von 5,9 Prozent jedoch nur halten.

Unter den wichtigsten Schwellenländern wird China nach den Prognosen der Weltbank 2016 voraussichtlich um 6,7 Prozent wachsen. 2015 waren es noch 6,9 Prozent gewesen. Der Ausblick deutet in China dabei auf eine geordnete Verlangsamung des Wachstums, begleitet von kontinuierlichen Strukturreformen und geeigneten politischen Anreizen. Dabei sinken sowohl der Export auch der Import. Die Exportrate ist immerhin von 45 Prozent Mitte der 2000er Jahre auf derzeit etwa 30 Prozent zurückgegangen. Die Importrate hat sich zeitgleich von über 30 Prozent auf 20 Prozent reduziert.



Entwicklung chinesischer Importe und Exporte 2005 – 2016

China hat es bisher geschafft, die deutliche Verlangsamung der industriellen Wirtschaftsaktivität durch den kontinuierlichen Ausbau des Dienstleistungssektors abzufedern. Inzwischen entfallen bereits 50 Prozent des BIP auf letzteren. Der Dienstleistungssektor ist auch für die Mehrheit neuer städtischer Arbeitsplätze verantwortlich. Dies trug zu einer Entlastung des durch Entlassungen im industriellen Sektor belasteten Arbeitsmarktes bei. Zudem ist das Konsumwachstum robust.

Das Wachstum in der Ost-Asien-Pazifik-Region (ohne China) wird 2016 voraussichtlich 4,8 Prozent betragen. Es wird vor allem durch steigende Investitionen in mehreren großen Volkswirtschaften (Indonesien, Malaysia, Thailand) und einem vor allem durch niedrige Rohstoffpreise bedingten starken Verbrauch (Thailand, Philippinen, Vietnam) unterstützt werden.

Das Wachstum in Südasien wird sich voraussichtlich 2016 auf 7,1 Prozent steigern. Die meisten südasiatischen Volkswirtschaften profitieren dabei vom Rückgang der Ölpreise und einer niedrigen Inflation. Auf Grund der schwächeren Nachfrage in den Industriestaaten ist zwar das Exportwachstum in der Region gedämpft, wegen der weiter vorhandenen Inlandsnachfrage, die sich zunehmend zum Haupttreiber des Wachstums entwickelt, bleibt die Wirtschaftsentwicklung dennoch robust. Indien, die größte Volkswirtschaft der Region, zeigt ebenso wie Pakistan und Bangladesch dabei weiter besonders positive Entwicklungen. Indiens robuste Wachstumszahlen bleiben bei 7,6 Prozent stabil.

Russland wird hingegen voraussichtlich in einer Rezession verbleiben. Im Vergleich zum Vorjahr (-3,7 Prozent) wird sich diese zwar auf -1,2 Prozent einbremsen, dennoch schafft Russland nur langsam die Trendwende. 2018 dürfte jedoch Russland trotz niedriger Rohstoffpreise wieder zu einem moderaten (über einprozentigen) Wachstum zurückkehren. Die

anhaltenden Probleme in Russland drücken auch die Wachstumsprognosen für Osteuropa und Zentralasien. Neben den niedrigen Rohstoffpreisen sind geopolitische Sorgen, einschließlich des potentiellen Aufflammens von Gewalt in der Ostukraine und dem Kaukasus sowie Terroranschlägen in der Türkei, verantwortlich für die gedämpften Aussichten.

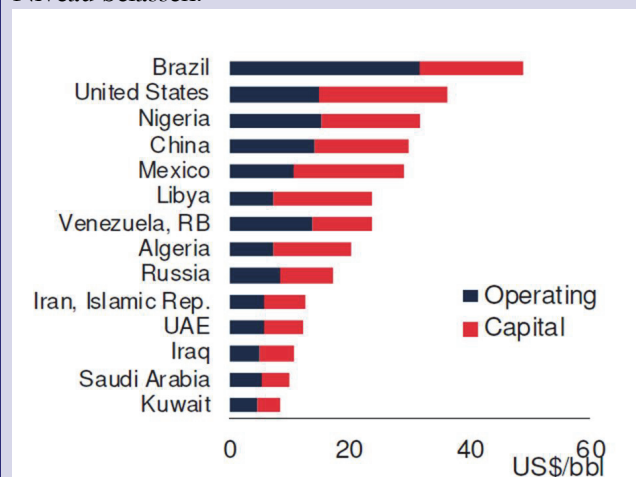
Brasilien wird 2016 und 2017 in einer Rezession verbleiben. Das heurige deutliche Minus von 4 Prozent der regional dominanten Volkswirtschaft führt auch zu einem statistischen Minus für ganz Lateinamerika von 1,3 Prozent. Da bereits 2015 ein Minus von 0,7 Prozent zu verzeichnen war, ist dies die erste Rezession über zwei Jahre in Folge seit mehr als 30 Jahren. In den besonders betroffenen Ländern wird dies zu verschärften innenpolitischen Spannungen, steigender Arbeitslosigkeit, schrumpfenden Realeinkommen und somit insgesamt politischen Unsicherheiten führen. 2017 ist jedoch wieder mit einem langsamen Wachstum der Region zu rechnen, das 2018 auf rund 2 Prozent gesteigert werden sollte. Südamerika erwartet in diesem Jahr sogar eine Rezession von 2,8 Prozent. Zentralamerika hingegen wird dank starker Wirtschaftsbeziehungen zu den USA und starker Exporte 2016 voraussichtlich um 2,7 Prozent wachsen.

Das Wachstum im Nahen Osten und Nordafrika wird 2016 voraussichtlich nur 2,9 Prozent betragen. Die niedrigen Ölpreise sind ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung. Der Hauptgrund für die leichte Verbesserung des regionalen Wachstums in diesem Jahr ist eine zu erwartende starke Erholung in der Islamischen Republik Iran im Anschluss an die Aufhebung der Sanktionen im Januar. Der erwartete Aufschwung der Ölpreise im kommenden Jahr wird voraussichtlich eine Erholung der regionalen Entwicklung auf 3,5 Prozent im Jahr 2017 unterstützen.

Das Wachstum in Afrika südlich der Sahara wird sich voraussichtlich auf 2,5 Prozent im Jahr 2016 verlangsamen, nachdem 2015 bereits 3,0 Prozent erreicht worden waren. Hauptgrund dafür sind die niedrigen Rohstoffpreise. Südafrika wird dabei nur um 0,6 Prozent wachsen.

Rohstoffpreise

Die internationalen Rohstoffpreise haben scheinbar die Talsohle Anfang des Jahres überschritten, verbleiben aber dennoch relativ niedrig. Ein zu hohes Angebot und eine gleichzeitig schwache Nachfrage werden die Preise vorerst auch weiter auf niedrigem Niveau belassen.



Ölproduktionskosten in US-Dollar pro Barrel

Nachdem inzwischen die US-Ölproduktion vor allem auf Grund der Aufgabe unrentabler Produktionsstandorte rückläufig ist, werden sich die Ölpreise langsam erholen. Der Ölpreis ist derzeit bereits über den für die meisten Länder relevanten durchschnittlichen Ölproduktionskosten. Die Weltbank geht von voraussichtlich 41 USD pro Barrel für das Jahr 2016 und 50 USD für 2017 aus. Die Ölpreise werden in diesem Jahr noch unter Druck bleiben, da das Angebot die Nachfrage voraussichtlich weiter übertreffen wird. Mit Ausnahme von Kanada, Russland und dem Iran erwarten die meisten ölproduzierenden Staaten einen moderaten Rückgang ihrer Produktion im Jahr 2016. Der Iran wird bis Mitte 2016 seine Produktion weiter steigern, um die Marktanteile wieder zu erlangen, welche während des Atomstreit und den damit zusammenhängenden Sanktionen verloren gegangen waren. Voraussichtlich wird sich die globale Produktion jedoch ab Mitte des Jahres wieder sukzessiv dem globalen Verbrauch anpassen.

Bildnachweis

S. 4: Foto: Pete Souza / Official White House Photo, President Barack Obama talks with Vice President Joe Biden outside the Outer Oval Office, June 3, 2016, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 license, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S. 5: Foto: Pete Souza / Official White House Photo, President Barack Obama and Vice President Joe Biden, along with members of the national security team, receive an update on the mission against Osama bin Laden in the Situation Room of the White House, May 1, 2011, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 license, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S. 7: Foto: Pete Souza / Official White House Photo, President Barack Obama ducks down under a low beam as he descends a staircase with Nguyen Thi Kim Ngan, Chairwoman of the National Assembly of the Socialist Republic of Vietnam, during a tour of Stilt House in Hanoi, Vietnam, May 23, 2016, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 license, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S.18: Foto: NATO Secretary general Jens Stoltenberg and Adm. Mark Ferguson (Commander, Allied Joint Force Command and Commander, U.S. Naval Forces Europe), Quelle: <http://www.nato.int>

S.18: Graphik: Alliance Air Ground Surveillance, Quelle: <http://www.nato.int>

S.19: Foto: A Russian Sukhoi Su-24 attack aircraft makes a very low altitude pass by USS Donald Cook (DDG 75) April 12, 2016. Donald Cook, an Arleigh Burke-class guided-missile destroyer forward deployed to Rota, Spain, is conducting a routine patrol in the U.S. 6th Fleet area of operations in support of U.S. national security interests in Europe. (U.S. Navy photo/Released), Quelle: <http://www.navy.mil>

S.19: Foto: NATO launched the counter-terrorism operation Active Endeavour in October 2001, as part of a package of measures undertaken by the Alliance in response to the 09/11 terrorist attacks on the United States. (Photos by PO2 Klaus-Dietmar Gabbert GEN), Quelle: <http://www.nato.int>

S.20: Foto: U.S. Marines joined a multinational force during BALTOPS 16 demonstrating their ability to rapidly amass forces in the Baltic Sea. (II Marine Expeditionary Force), Quelle: <https://www.dvidshub.net>

S.22: Foto : On May 19-20, the Russian-ASEAN Summit took place in Sochi to mark the 20th anniversary of the Russian-ASEAN Dialogue Partnership, Quelle: Youtube

S.24: Foto : Working visit to St. Petersburg. St. Petersburg International Economic Forum, Quelle: <http://eng.kremlin.ru>

S.25: Foto: Screenshot, destruction of ISIS armored vehicles with guided anti-tank near Palmyra by an anti-tank missile fired by a Russian Mil Mi-28N helicopter, Quelle: <http://eng.mil.ru>

S.26: Fotos: Military parade on Red Square devoted to the 70th anniversary of the Victory in the Great Patriotic War, Quelle: <http://eng.mil.ru>

S.29: Foto: The Pre-Commissioning Unit William P. Lawrence conducts steering and propulsion systems tests during combined super trials in the Gulf of Mexico. Super trials are the final milestone before the ship's delivery. (Navy Visual News Service), licensed under the Creative Commons Attribution 2.0 Generic license, Quelle: Wikimedia Commons

S.30: Foto: Defense Secretary Ash Carter, left, makes remarks during a joint press conference with Indian Defense Minister Manohar Parrikar in New Delhi, April 12, 2016. (DoD photo by Air Force Senior Master Sgt. Adrian Cadiz), Quelle: <http://www.defense.gov>

S.31: Foto: THAAD blasts into history as the newest defense against the TBM threat (US Army Photo), Quelle: Wikipedia

S.36: Graphik: Global trade growth is weak, particularly in asia. Quelle: OECD (2016), OECD Economic Outlook No. 99. Handout for the press, 6. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/OECD-Economic-Outlook-June-2016-handout.pdf> zuletzt eingesehen am: 14.06.2016

S.37: Graphik: Unemployment rate. Quelle: World Bank Group. 2016. Global Economic Prospects, June 2016: Divergences and Risks, 9. Washington, DC: doi:10.1596/978-1-4648-0777-0. License: Creative Commons Attribution CC BY 3.0 IGO

S.38: Graphik: The share of China's processing trade is declining. Quelle: OECD (2016), OECD Economic Outlook No. 99. Handout for the press, 7. URL: <http://www.oecd.org/eco/outlook/OECD-Economic-Outlook-June-2016-handout.pdf> zuletzt eingesehen am: 14.06.2016

S.39: Graphik: Cost of oil production. Quelle: World Bank Group. 2016. Global Economic Prospects, June 2016: Divergences and Risks, 14. Washington, DC: doi:10.1596/978-1-4648-0777-0. License: Creative Commons Attribution CC BY 3.0 IGO

Autoren

Mag. Dr. Rastislav BACHORA, eMA
Lukas BITTNER, BA

Russland und der zentralasiatische Raum

Mag. Dr. Gerald BRETTNER-MESSLER

Der indopazifische Raum

Dr. Gunther HAUSER

Europa und die EU

Mag. Herwig JEDLAUCNIK, MBA

Begrenztes Wachstum, Divergenzen und Risiken.
Schwierige Entwicklung der globalen Ökonomie

Dr. Otto NADERER

Die NATO und ihre Partner

Univ.Doiz. Dr. Erwin A. SCHMIDL

Vorwort

Afrika südlich der Sahara

Mag. Dr. Felix SCHNEIDER

Weltmacht USA

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss

